

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Bekanntigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zusatzklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 2 (ohne Beitrags-
geld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40.

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr.
Vereinzelte Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreieckige
Viertelzelle oder deren Raum berechnet

Lebensfürsorge für die Zukunft.

III.

Wie allgemein bekannt ist, beschränkt sich die Lebensfürsorge bei uns Kulturmenschen nicht nur auf den gegenwärtigen Tag, sondern sie erstreckt sich auch auf die Zukunft. Der Bibelspruch, daß wir, gleich den Vögeln des Himmels und den Läden des Herdes, nicht für den morgigen Tag sorgen sollen, gilt heute nicht mehr; gerade im Gegenteil richten wir all unser Tun und Lassen danach ein, wie es auf die kommende Zeit wirkt. Das wäre ein unverantwortlicher Mensch, der nicht über seine Nächste hinwegsieht und nicht daran denkt, daß morgen auch noch ein Tag kommt, der seine Anforderungen ans Leben stellt. Wer in bodenlosem Elend seinen Beutes verschwendet, wer die Hände schlägt, die ihm mal Gier legen soll, wer einen edlen Baumsaft abtut, um damit den Ozen zu füllen, wer überhaupt in der Gegenwart verzehrt, was die Bedürfnisse der Zukunft deuten soll, der handelt unvernünftig, weil unmenschlich. Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit ist es, das neben dem „Prinzip des kleinen Mittels“ unserm Handeln die Richtlinie gibt. Diese beiden Grundsätze, die unserm Wirtschaftsleben ihren Stempel aufdrücken, deren Nachfolge als das größte wirtschaftliche Verbrechen gilt, diese Vereinigung bedient zu einem Geist, der über uns herrscht, gewährleitet den Aufstieg der Menschheit.

Ein guter Haushalter muß sparsam zu wirtschaftlichen Verlusten, er darf nicht vergessen, sondern er muß es fertig bringen, aus allem etwas zu machen. Mit dem geringsten Kraftaufwand soll er die höchste Leistung erzielen, und er soll auch an die Zukunft denken. Wer hiergegen verfällt, der sieht sich einen Tadel zu. Darum laden wir einen Dauern, der vier Jahre vor eine Last spannt, die von einem Pferde gezogen werden kann, der die Arbeitskraft von Menschen und Tieren benötigt, wenn ihm eine billige Wasserkraft zu Verfügung steht, der nicht dafür sorgt, daß sein Schneidwerk reichlich gefüllt wird und daß seine Werkstatt bei schlechtem Wetter unter Dach und Fach kommt, der das Horn auf dem Felde im Regen versäumt und die Mistkühe über die Dorfstraße laufen läßt. Wir tadeln ihn auch, wenn er sein Vieh verschlägligt oder wenn er es durch Überanstrengung gründet rückt. Was wird von einem Bauer sagen, der ein junges Füllen vor einem Lohnwagen abrädert, der eine höchstträchtige Ruh oder Stute zu schwerer Feldarbeit verwendet, der einen jungen Wad vorzeitig abschlägt, der ein Stück Land bis zur Erziehung ausmärgelt, anstatt es durch ordentlichen Dünger leistungsfähig zu erhalten? Man wird ihm nicht nur den Vorwurf eines schlichten Haushalters machen, sondern man wird ihm auch als leichtfertigen, unmoralischen Menschen bezeichnen; ein Beweis, daß die wirtschaftliche Bewertung unseres Handelns in eine moralische Wertung umschlägt. Auch in einem gewerblichen Betriebe ist Wirtschaftlichkeit und Sparhaftigkeit oberstes Gesetz. Ein Betriebsleiter muß dafür sorgen, daß an Material sowie an Licht und Feuerung gespart wird, daß die Werkzeuge gehont werden und daß jede Minute Arbeitszeit ausgenutzt wird; er muß aufpassen, daß keine Maschine überanstrengt wird, daß zur rechten Zeit neues Material da ist und daß er Vorrat an Waren hat, wenn Bestellungen eilaufen. Aufmerksamkeit, Umsicht und Dispositionsfähigkeit sind also die hauptsächlichsten Eigenschaften eines Unternehmers, er muß sozusagen das Herz bilden, in dem alle Nerven zusammenlaufen.

Unglückslicherweise hat das Proletariat bislang von der verbesserten Technik und von der rationalen Betriebsweise, wie sie sich in den modernen Unternehmungen deutlich zeigt, noch wenig Vorteile gehabt. In bezug auf die Bewertung menschlicher Arbeitskraft merkt man noch

nichts von dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit. Derselbe Großgrundbesitzer, der sein Gut nach modernen Prinzipien bewirtschaftet und deshalb Tiere, Gerätschaften und Material schon, nimmt keine Rücksicht auf die Arbeitskraft seiner Knechte und Tagelöhner, mit der er in verschiedenster Weise umgeht. Er gönnt ihnen, der er sonst eine auskömmliche Arbeitspause und er forstet dafür, daß sie einen warmen Stall und ein ordentliches Futter haben, aber seine Arbeiter müssen sich abrädern bis zur Eröpfung und dann mit erbärmlichen Wohnungen und mangelhafter Naturahrung fürstlich nehmen. Er schaut sich nicht, Arbeitssucher, halberklähte Menschen, und schwangere Tagelöhnerfrauen, Quellen neuen Menschenlebens, mit schwerer Geduld zu überbürden und dadurch zukünftige Generationen aufs schwerste zu schwächen. Er stellt seinen Ader zu, damit er sich erholen kann, aber er treibt Raubbau an der Kraft und der Gesundheit seiner Leute.

Die gleiche Nachlässigkeit findet wir auch in den gewerblichen Betrieben. Hier wird eine Maschine

besser behandelt als ein Arbeiter, und die Dampfmaschine wird mehr geschont als die menschliche Arbeitskraft.

Dieses grauenhafte Unrecht, das vor Augen der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika als eine unentshuldbare Verhöhnung von Menschenwert und Menschenbild gebrandmarkt hat, wollen sich die organisierten Arbeiter auf die Dauer nicht mehr gefallen lassen. Weil sie in die Zukunft blicken und für die Zukunft sorgen wollen, belämmern sie die generelle Kinderarbeit, damit auch der proletarische Nachwuchs für zukünftige Arbeit erhalten bleibt und nicht vorsätzlich zugemacht wird; darum auch fordern sie Einschränkung der gewerbstätigen Frauenarbeit, damit die späteren Geschlechter nicht schon vor dem Geburt ihrer Kindheit gefüllt werden. Von diesem Gesichtspunkte aus muß auch die Frage der Arbeitslosenfürsorge betrachtet und behandelt werden. Jeder arbeitsfähige Mensch ist ein Kapital, das nach Möglichkeit gespart und für die Zukunft nutzbar gemacht werden muß. „Die Arbeitskraft eines Volkes“, hat der bayerische Ministerialrat Dr. Bahn auf dem internationalen hygienischen Kongress in Washington gesagt, „ist ein organisiertes Nationalkapital, das den Mutterboden der Kultur und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit darstellt.“ In der Gegenwart, im Zeitalter der fortstrebenden Industrialisierung und Verfestigung der Produktion wird der Mensch immer mehr zu einer Produktionsquelle und erfordert deshalb eine höhere Einschätzung als früher. Die neuen Entwicklungswerte werden als Zinsen und Zinsen aus dem Volkstypital herausgenommen, wobei das Kapital selbst nicht beeinträchtigt werden darf. So erzieht es denn selbstverständlich, daß alle weiblichen Sozialpolitik nicht so sehr auf Geldvereinen, sondern auf Kreditvereinen gerichtet sein muß, auf möglichst große Reserven von körperlicher und geistiger Kraft, von physischer und stützlicher Gesundheit. Und wenn es eine Tarife ist — warum sollte sie im Grunde bestreiten? —, daß eine längere Arbeitslosigkeit, die mit einer Verstärkung der Lebenshaltung verbunden ist, die Kraft und Gesundheit des Arbeiters aufs schwerste fördert, so erfordert eine Fürsorge für die Arbeitslosen als eine selbstverständliche Pflicht der Gesellschaft. Nicht aus sentimentalischer Gesinnung heraus, sondern aus rein wirtschaftlichen Gründen sollte die kapitalistische Gesellschaft dafür sorgen, daß das in den Arbeitslosen steckende Kapital nicht vernichtet, sondern erhalten wird. Die Arbeitslosen von heute sind die Arbeitskräfte von morgen, und darum liegt es im ureigensten Interesse des Kapitalismus, sie über Wafer zu halten und für eine bessere Geschäftszzeit zurückzufstellen. Aus diesem Grunde ist es eine schärfere unbegreifliche Kurzschliffigkeit der heutigen Unternehmer, die Arbeitslosen verkommen zu lassen und dadurch wertvolle, für die Zukunft unentbehrliche Arbeitskraft zu verschwenden. Wer nicht über seine Nächste sorgen kann, hausert mit

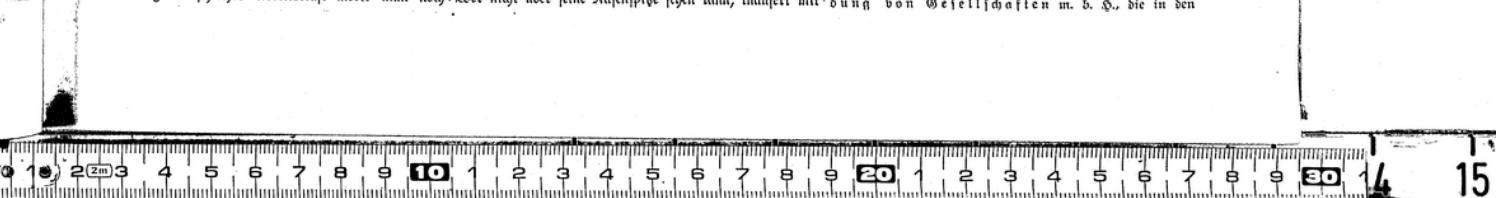
Ausgaben, die sich erst später bezahlt machen, ein weisichtiger Mensch setzt aus für eine kläffige Ente. Lebensfürsorge für die Zukunft heißt das große Baubauwerk, das unsere menschliche Tätigkeit beherrscht. zunächst muß allerdinge jeder Mensch selbst sich nach Möglichkeit seine Zukunft sichern, was man mit dem Namen private Selbsthilfe bezeichnet, sodann schließen sich mehrere Menschen zusammen, um gemeinsam Vorjage zu treffen für zukünftige Bedürfnisse, was man mit dem Worte organisatorische Selbsthilfe bezeichnet. Endlich aber hat auch der Staat, das heißt die organisierte Gemeinschaft, die Pflicht, über den Tag hinaus für die Zukunft zu sorgen und daran zu denken, daß jeder neue Tag neue Anforderungen stellt. Private Selbsthilfe, organisierte Selbsthilfe und Staatshilfe müssen sich also gegenseitig ergänzen in der Sorge für Gegenwart und Zukunft. Brutus.

Aus dem Baugewerbe.

Opfer der Baumarktkrise. — Massengründungen von Gesellschaften m. b. H. — Verschärfung der wirtschaftlichen Beziehungsverhältnisse. — Terraincapital und Terrainspekulation. — Baupolitische Gebrauchsabschaffung in 30 Städten. — Abschaffung der Held & Freante Alt.-Gef. in Berlin.

Schwer unerlässlich sind die Opfer, die die Baumarktkrise in den letzten Jahren gefordert hat. Man darf dabei nicht nur an die zunächst beteiligten Kreise denken, an die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter, die Zusammenbrüche von Bauunternehmungen, Holzhandlungen, Biegelzelen, Baumateriallieferanten aller Art; auch Großbauten, die Terrainspekulation glaubten meistern zu können, haben schwere Kunden davongetragen. Nicht zuletzt gehören zu den Leidtragenden zahlreiche Kreditgenossenschaften von Kleinbetriebenden, deren Verbindung mit dem Baugeschäft man eigentlich kaum vermuten durfte. Nicht beträchtlich ist die Reihe der Kreditgenossenschaften, die im verlorenen Jahre in Schwierigkeiten geraten sind, und fast immer ergab sich, daß die Ursache der Katastrophen in Geschäften mit Kreisen der Bau- und Terrainspekulation zu suchen war. Verloren durch die hohen Zinsen, die für Baugeld gezahlt wurden, stehen sich die Kreditgenossenschaften verlebt, auf die vermeintlich so gewinnreiche Weise die ihnen unterstauten Mittel anzulegen. Dabei geben sie die Gelder in der Regel mit den Leitungen der Genossenschaften direkt oder indirekt in engen Beziehungen standen. Stotter die Abwicklung der Geschäfte, so wurden immer neue Kredite nachgeschüttet, um die ersten Gelder zu retten, schließlich häufen sich die oft einem einzigen Schuldner gewährten Kredite zu Summen, die an den eigenen Mitteln in dem derbsten Schlimmsten Wirtschaftsverhältnis standen. Wurden nun die Geldinstitute mitstrafen oder war auch nur ein Teil von ihnen genötigt, die Sparsenlagen zurückzuziehen, so mußte sich der unvermeidlich gewordene Staub vollziehen. Den Ausweg, den die großen Finanzinstitute unter diesen Umständen häufig beschritten, die Gründüste der Zahlungsfähigkeit geworbenen Schuldner zu übernehmen, vermögen die Kreditgenossenschaften natürlich nicht zu gehen, weil sie die dazu erforderlichen Beträge nicht aufzutreiben können. Nicht zuletzt durch die Zusammenbrüche von Kreditgenossenschaften infolge ihrer Verbindungen mit der Terrain- und Baupolitik ist gerade auch in kleinen Städten die Abwendung bei Privatkapitalisten gegen die Herausgabe von Hypothekenobligationen noch gesteigert worden. Vielfach wurde so der Aufschuß von Geld für Bauwerke weiter gehemmt, obwohl in zahlreichen Fällen die Gewährung von Hypotheken eine durchaus fiduciare und rentable Anlage gewesen wäre.

Scheinen sich die Aussichten für die Gestaltung des Bauparties verschiedentlich zu bessern, so ist es doch wichtig, aus den lebhaften Gründung von Gesellschaften m. b. H., die in den



am Baumarkt interessierten Gewerben zu verzeichnen ist, auf eine ausstießende Konjunktur zu schließen. Wie die Pragis kennt, weiß, daß die in Frage kommenden Gesellschaften m. b. h. in der Mehrzahl zu dem Zweck errichtet werden, Grundstücks aus der Substation zu erwerben und wie die wirtschaftlichen Käufer dabei mit ihrem Namen nicht herauftauchen wollen. Von den Hypothekenbanken und Lebensversicherungsgesellschaften wird dieses Verfahren besonders oft angewendet. Nicht minder neigen die Vorbesitzer der Terrains dazu, um nicht durch die häufige Nebenannahme von Grundstücken aus der Zwangsversteigerung die Aufmerksamkeit auf ihre Gesellschaften zu lenken, die wie die Erfahrungen zeigen, nicht selten von vornherein auf die Substation berechnet waren. Maßengründnungen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung zum Erwerb und zum Verlauf von Terrains und bebauten Grundstücken können daher weit eher als Beweis für das Vorhandensein irgendeiner Beträchtlichkeit gelten.

Bei Besprechungen von Machthabern der Eisenbahngesellschaften berichteten wir an diese Stelle früher häufig von den Versuchungen, die plausibel fanden wurden und Kirchen stifteten, durch die Eröffnung aber von Kirchen und Kirchenstiftungen, die einen Stifter, wie ich später herausstellte, nur eine kausale Erfüllung ihrer Eisenbahngesellschaften wünschten. Leichter als der Zusammenhang von Kirchenstiftungen und Eisenbahngesellschaften sind die Beziehungen des Eisenbahngesellschaften zur Verkehrs- und Politik zu erkennen. Aus Anlaß der Diskussion über die Bildung eines Berliner Verkehrsverbundes durch etwaige Zusammenschlüsse der Hoch- und Untergrundbahnen mit der Straßenbahn und der Omnibusgesellschaften ist darauf hingewiesen worden, daß die hinter den Verkehrs- und Gesellschaften stehenden Bankgruppen mit den Finanzierern identisch sind, die die städtischen Eisenbahngesellschaften haben, und die nun wohl auch mit dem Plan umgehen könnten, den monopolistischen Verkehr in den Dienst ihres Eisenbahngesellschaften zu stellen. „Doch dieser Gedanke sehr neigt zu leugnen“ schreibt „Die Bont“, „wenn man sich erinnert, daß schon bei der Gründung der Hochbahngesellschaft eine Vergabeung von Verkehrsleistungen mit der Eisenbahngesellschaften die der Hochbahn patentierte Großbank statthaft gewesen, so sogar eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung dieses Verkehrsunternehmens gebildet hat.“ Die östliche Linie der Hochbahn sollte die Eisenbahn erschließen, die Bant, nachdem die Bahn geöffnet war, mit hohen Nutzen für sich und einige Mitbewohner an die Eisenbahninfrastruktur am Bahnhof Schönhauser Allee angeschlossen hat. Die Weitläufige war dazu bestimmt, die Eisenbahn der heutigen neu erweiterten Gesellschaften für die Verwertung einzugeben. Es ist ja eine Wirkungswahrheit, daß die Eröffnung und damit die Höheverminderung von Eisenbahn durch nichts besser als durch neue Verkehrslinien erzielt werden kann. Aus diesem Zusammenhang heraus erläutert sich auch die im ersten Augenblick so sonderbare Vorstellung einer Berliner Verkehrsbehörde für die Gegend am Tempelhofer Feld. Mit einem Stunnen vernehmen man in der letzten Generalversammlung der Eisenbahnverkehrs- und -Ges., daß in der nächstfolgenden Zeit nicht weniger als elf neue Linien den Verkehr durchführen würden. Das ist etwas viel für eine Gegenwart, deren Verfestigung noch in den ersten Anfängen steht. Die Gestaltung für diese vom rein geschäftlichen Standpunkt der beteiligten Verkehrsgegenstalt aus einzigermaßen unverständliche Politik erhält man aber oben

Nikolaus Tschernyshewsky und
Michael Bakunin

Als neuemundungswichtiges und dreißigstes Bändchen der „Meinen Bibliothek“ (Verlag von J. & W. Dieck Nachf. G. m. b. H. Stuttgart) sind jüngst Biographien von A. E. Schenck (Band 8) und M. Walzin (Band 9) erschienen, beide aus der Feder Georg Stellwags. Das Buch über „Ehrenreichswald“ gibt einen interessanten Einblick in die Jugendzeit des jugoslawischen Bewegung in Württemberg; denn „Ehrenreichswald“ war einer ihrer bedeutendsten Vorfäder. Am 12. Juli 1828 in Saarbrücken, wo sein Vater Domprobst war, geboren, erhielt er bis zu seinem zehnjährigen Jahre eine ausgesuchte Erziehung im elterlichen Hause, begab mit 16 Jahren das Seminar seiner Diözese auf und mit 18 Jahren die Universität Petersburg. Obwohl er in Petersburg stets die Freiheit der Studien oblag, suchte er außerdem sein Wissen durch englische Studien der europäischen zeitgenössischen Literatur zu ergänzen, wobei ihm seine reiche Sprachkenntnis sehr half. Statthalter kam. Hier lernte er auch die Philosophie Hegels und dessen Schüler, Feuerbach, kennen; aber auch durch Schriften der transalpinen europäischen Sozialisten, und fand hier schon bei Geburts- und Aufzäuse des russischen Volkes zuvoeren. Nach vierjähriger Tätigkeit als Lehrer (1850 bis 1854) widmete er sich schließlich ganz der Literatur. Er wurde zunächst Mitarbeiter, dann aber Leiter d. Monatsschrift „Sonnenmorn“, „Der Geltinger“. Kurzgelebt starb wurde „Ehrenreichswald“ anerkannter Pädagoge der demokratischen und jugoslawischen Elemente Württembergs.

weiteres aus dem Abrechnen der Direktoren und Aufsichtsräte. Hier kann man nachlesen, daß die Personen, denen die Tempelhofer-Börs-Gesellschaft nachstellt und Sorge bereitet, in den engsten Beziehungen zu der großmächtigen Verkehrsgeellschaft stehen. Magst du man sich diese Zusammenhänge und ihre Konsequenzen klar, so gehörst du besonders prophetisch klug dazu, um vorzusagen, was es und das Anstellungsverhältnis in Groß-Berlin bestellt wird, wenn die Stadt erst der Segnungen des Verkehrsleistungsbüros geworden sein wird."

Hier zeigt sich auch die Gefahr der Beherrschung von Körperschaften durch die Kreise der Finanz- und Grundstückspekulation, die über die Regelung der Verkehrsfrachten zu bestimmen, Verkehrsunternehmungen und neue Verkehrslinien zu konzessionieren haben. — Die ganze Umwelt der Situation im großstädtischen Raumgewebe spricht auch aus einer Zusammenstellung der „Sozialistischen Zeitung“ über die Zahl der hauptpolizeilichen Gebrauchsabnahmen in 80 Städten.

Danach befanden die Neubauten insgesamt:

	1912	1913	gegen 1912
Januar bis November:			
Berlin.....	701	494	$\div 207$
Düsseldorf.....	1111	660	$\div 451$
Januar bis Oktober:			
Leipzig.....	744	696	$\div 48$
Würzburg.....	4085	2997	$\div 1083$
Göttingen.....	578	462	$\div 116$
Bremen.....	540.	604	$+ 64$
Hannover.....	350	161	$\div 189$
Mannheim.....	353	394	$+ 41$
Halle a. d. S.....	175	108	$\div 67$
St. Kburg i. E.....	190	154	$\div 36$
Wesel.....	219	95	$\div 124$

	Aachen	157	203	+	46
Erstes bis drittes Quartal:					
München	632	831	+	201	
Dresden	617	601	+	84	
Breslau	224	179	+	45	
Charlottenburg	105	57	+	48	
Eisen a. d. El.	510	416	+	94	
Magdeburg	153	144	+	9	
Königsberg i. Pr.	283	860	+	77	
Duisburg	676	490	+	186	
Schneidew.	63	31	+	32	
Altona	244	242	+	2	
Gießen	193	205	+	12	
Wiesbaden	419	348	+	71	
Enden	92	91	+	1	
Gutes Halbjahr:					
Stettin	18	36	+	18	
Neuböhl	130	84	+	66	
Portmund	108	59	+	49	
Mainz	63	60	+	3	
Lübeck	25	34	+	9	
Für Duisburg ist nicht die Zahl der Gebrauch abnahmen, sondern der Baueraufträge angegeben, eben für Mainz. Mit der Veröffentlichung der Gesam- tanjunxitur hat sich ziemlich allgemein auch das Ange- bot verändert.					

von Räumen zu gewerblichen Zwecken erhöht.
Von der **Seels & Franke Akt. Ges.**, Bauunternehmern in Berlin, wird für das Geschäftsjahr 1912 die Verteilung einer Dividende von 12 pfl. auf eine 14 pfl. im Vorjahr und 13 pfl. für 1910/11 auf ein Aktienkapital von zwei Millionen Mark vorgeschlagen. Die Abtretungsleistungen sollen in Höhe von 2,40 Millionen Mark (im Vorjahr 0,83 Millionen) vorgenommen und die Spezialverbindlichkeiten (sowohl im Vorjahr) 4,50 Millionen aufgewichen werden. Auf neue Rechnung sollen 4,25 Millionen (so 20,455 im Vorjahr) vorgetragen werden.

holt erklärt die Verwaltung der Gesellschaft, daß aufträge nur schwer und zu sehr gedrängten Preisen möglich wären. Angesichts der mühslichen Gesamtlage des marktes sind auch die ermäßigten Gewinne als Resultate zu betrachten.

Konferenz der Erd- und Tiefbauarbeiter Süddeutschlands.

Am 18. Januar fand in Stuttgart die erste Kongressversammlung der Gewerkschaftsbauarbeiter statt. An ihr nahmen 12 Delegierte aus sechs Bezirksteilen teil: Frankfurt, Nürnberg, München, Straßburg und Stuttgart. Es waren 74 Delegierte aus 30 Zweigvereinen, 8 Bezirksteile als Vertreter des Verbandsvorstandes, Kollege Dr. Böckeler anwesend. Von den Delegierten waren 26 Maurer, gleichzeitsweise Kanalmaurer und 48 Gedärarbeiter und Täfer. Neben

die heutigen Zustände im Tiefbaugewerbe referierte Professor Fichter Karlsruhe. Er führt gefördert aus: Das Tiefbaugewerbe stand bereits seit der Römerzeit in großer Blüte. Von diesem Gedanken her vorragendes geleitet, im Strohen und Wasserbau sowie in der Wasserwerbung dem Untergrund der römischen Herrschaft entstehen diese Zweige in Deutschland lange jedes technischen Fortschritts. Gest die allgemeine technische und wirtschaftliche Entwicklung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wie eine Umklappung. Da die meisten Produkte Tiefbaugewerbes nicht privatwirtschaftlichen, sondern gemeinnützigen Interessen dienen, kann man behaupten, dass Entwicklung der Kultur mit der Entwicklung des Tiefbaugewerbes eng zusammenhangt. Einem Gedächtnis der Entwicklung des Tiefbaugewerbes in den letzten zehn Jahren haben wir in der Zahl der Beschäftigten den jährlich ausgezahlten Lohnsummen. Die Betriebsgröße stieg von 1820 bis 1900 auf 16 Jahre 1905, auf 1816 im Jahre 1906 und auf 20 Jahre 1911. Die Zahl der im Tiefbau Beschäftigten trug 1800 104 000; sie stieg bis 1900 auf 193 000, bis auf 220 000 und bis 1911 auf 309 778. Die Höhe der gezahlten Lohnsummen betrug 1800 694 Millionen, sie stieg bis 1900 auf 124 Millionen, bis 1910 auf 150 Millionen und bis 1910 auf 221 Millionen Mark. Der Lohnsumme bereits 263 000 Millionen Mark diesen Zahlen sind die vielen staatlichen Eigenanlagen, die viele Tausende von Arbeitern beschäftigen, noch einmal mit einzubeziehen. In den auf der Konferenz vertretenen sechs Bezirken gab es nach einer Verbandszählung im Jahre 1912 545 Betriebe mit 18 500 Beschäftigten darunter 4000 Ausländer. Ein großer volkswirtschaftlicher Aufschwung und eine gewaltige Entwicklung von diesen Zahlen zum Ausdruck. Obwohl noch Kleinbetriebe vorhanden sind, zeigt die Entwicklungsstrecke zum Großbetrieb. Die Leitung zum Großbetrieb gibt sich aus der ausführenden Arbeit selbst. moderner Tiefbau verlangt die Anschaffung von Geräten und Maschinen, in denen Riesensummen investiert werden. Der Kleinunternehmer muß da entscheiden, will er den Maschinenbesitzer für viele Jahre ganz hängen. 1911 bestanden im Tief- und Wasserbau 18 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 374 Millionen Mark. Beuglich der Rentabilität steht das Tiefbaugewerbe an dritter Stelle, es kommt gleich hinter chemischen Industrie.

Das Submissionswesen ist im riesigen Industriegebiete manifester Nebel. Die großen Firmen genannte Wunderfirmen, reißen die großen Arbeiten an sich, ohne Rücksicht auf die Preise. Submissions-

konservaliven und liberalen Ansichten zu discreditierten, d. unbewußtseinßüchtigen Charakter und die Scheinheiligkeit der bürgerlichen Wissenschaft aufzudecken und die materialistische Philosophie, die demokratischen und sozialistischen Weltbewegungen unter der russischen Gesellschaft populär zu machen.“

Zu Russland beschloßte man sich zu jener Zeit mit der Aufhebung der Leibeigenschaft; der Kapitalismus begann jetzt seinen Einzug ins Land zu halten. In den Dörfern herrschte noch der alte Gemeinschaftsbesitz, Grund und Boden. Der Liberalismus trat für die Aufteilung dieses Gemeinschaftsbesitzes ein; Eschernowitsch sah gegen glaubte, in Russland lasse sich die Periode der kapitalistischen Produktionsweise überfliegen, also die feudale Gesellschaftsordnung gleich durch die sozialistische ersetzend eben weil in den Dörfern noch das Gemeinschaftsbesitz auf Grund und Boden vorhanden sei. Tatsächlich war der Befreiung besonders, den liberalen Theorien seine logische Weitwirkung, welche Weltanpassung gegenübergestellt und für Durchführung zu wieren. Hält sie eine Weltanpassung dar, in vielen Teilen der Welt ist das moderne Capitalismus nicht stand, so ist Eschernowitsch doch viestlang als ganz schleichen oder ähnlich besetzten Religionskrieger geltend wie Karl Marx. Der Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, dessen Lehre ihm nicht bekannt war, habe er aber bestimmt, daß er nicht wie Marx Gelegenheit habe im Westen Europas, besonders in England, bereits in kapitalistische Produktionsweise und ihre Folgen zu studieren. Zu Russland war dann die Arbeitersfrage ungleichbedeutend mit der Frage der Bauernbefreiung, einer industriellen Revolution.

Auf die Singelheiten der Weltanschauung des Schwietsig, die in den verschiedenen Abtheilungen des Magazins sind, können wir hier nicht eingehen, sondern nur da auf die Letzte des Buches hingehen zu Seine Lehre in ein System zu bringen, wie sie war ihm nicht vergeblich, daß die kritische, wie auch seine jüngste Wirkung für den Sozialismus ein vorzeitiges Bereitstell. Nachdem im Mai 1882 seine Reisebeschreibung war, erfolgte am 7. Juli desselben Jahres Veröffentlichung. Auf Grund gefälschter Alters vereitelte ihn zu vierzehnjähriger Haftbarkeit in den Berg-Sibirien und während dauernder Anfeindung der zwanzig Jahre, von 1863 bis 1883, mußte Schwietsig in den Gefangenissen und in der Verbannung seine ein literarische Tätigkeit für den Sozialismus da nicht zu denken. Im Jahre 1883 wurde ihm die Freiheit in Altstadt, und ehe 1889 die Macht in Seinmarsch Saratow gestellt. Doch schon am 17. 1889 erreichte ihn dort der Tod.

Das Buch sei allen, die sich für die Geschichts- und internationale Schießerei bewegen interessieren,

die internationales arbeitsvermögen interessieren, empfohlen.

Seltenheit. Da die Rohmaterialien, wie Cement, Steine, Holz, Eisen usw. durch die vorhandenen Syndikate Preise haben, spielt bei der Kostfaltung der Druck aus der Arbeitswirtschaft die größte Rolle. Sieben herzlich im Liebau Anordnungen, und abgesehen von wenigen Ausnahmen sind die Söhnsöhn mit Arbeitsverhältnissen gleich. Mosaiksteine mit Abmessungen von 28 bis 80 mm sind in allen Betrieben, und im allgemeinen gilt der Grundregel: Der Lohn regelt sich nach Angebot und Nachfrage. Durch die Begleitung bzw. beschleunigten Bühnen für die gleiche Arbeit werden in den eingehenden Geschäften Denominierungen und Spezialleder großzugsweise. Das Arbeiten ist Parteiteil und der wilde Krieg schlägt oft die Arbeitsschaffung zurück. Betriebsratsmitglieder und der Vorarbeiter. Röntgenbild ist bei den Ausländern hochachtet worden. Die Arbeitszeit ist natürlich auch jeder Einheitlichkeit dar. Das Neben- und Sonnenarbeiten ist nichts so schlimm wie im Liebau 12 bis 16 Stunden pro Tag und wo Schichtarbeit 100 Stunden in der Woche, sind häufende Erscheinungen. Hohe Arbeitszeit und niedriger Lohn gehören eben zusammen wie Mutter und Kind. Überdachten Sonntagsarbeitszeit ist eine, die Regel. Unter solchen Umständen treibt der Arbeiter Rauban auf seinem Körper. Die schlechten Verhältnisse im Liebau sind aber auch eine Einsicht für das übrige Baugewerbe. Die lange Arbeitszeit erhöht die Unfallgefahr. Das ist eines der tragurigen Kapitel im Liebau. Die Selbsthilfe, die sonstigen und Arbeiters manche Besserung brachte, fehlt hier infolge mangelhafter Organisationsverhältnisse. Die bestimmen der Berufsvereinigungsfestes stehen vielfach nur auf dem Papier; nicht mehr ist es, infolge mangelnden Kontrollen mit den Verordnungen eingehende Reglementierung. Die Unternehmer laufen Sturm gegen jede Verbesserung. Der konföderale Schuh (Bauarbeiter und Arbeiter) steht im Liebau offiziell ganz oben. Die Arbeiters müssen schwer erhebt unter freiem Himmel und bei offenem Feuer die Boußen bringen. Den Stein am donaudemigen Sichtstein empfindet am Brüdenfundamentationen um, wie gut. Wenn Rückstübe wird in solchen Fällen auf die Dauer der Arbeitzeit genommen. Die Zahl auf der Belehrten im Liebau beträgt

Jahr	Gesamtzahl	Pro 1000 Bauarbeiter	Zahl
7	6087	47,88	186
5	12448	78,19	166
1	19487	89,96	964

1912 war die Zahl der Beleger 20 276 und die der Toten 849. Welche Unsumme von Eisen und Rummeln brachten die Juden aus! Die Zahlen sind bedeutend höher als im übrigen Bauwesen. Die entsprechenden Umfälle bezogen pro 1000 Boblatter 1911 im Hochbau 9,44, im Liebhof 12,50. Unter den Belegern sind häufig gebürtige Ausländer; 1912 waren es 584 entsprechende Einwohner. Die erzählerischen Zustände beginnлиten vielfach die wenig kulturelle Ansprüche erhabenden Ausländer zu foltern. Diese Kolonnen sind billiges Ausbeutungsmittel. Der Einigungsverein für Lissabonunternehmer im Jahre 1908 ist das preußische Ministerium um Erleichterung der Einwanderung, insoweit als Rechnung getragen, während die Kolonie eine entgegengesetzte Stellung einnahm und eine Bedrohung erließ, manchmal bei Stadtbauern in erster Linie Einheimische zu beschäftigen dient. Bei Arbeitslosigkeit muss darauf gedrängt werden, dass die Ausländer durch Einheimische ersetzt werden. Auch die verfeindeten Städte werden nach Einführung der Arbeitslosenunterstützung darauf bestrebt legen müssen.

Wenn eine durchgreifende Besserung geschaffen werden soll, dann müssen die Sohn- und Arbeitssicherheitsverhältnisse der Tiefbauarbeiter tatsächlich geregt werden. In den auf der Konferenz verhandelten Maßnahmen ist dies zu berücksichtigen.

Erschöpfung einer alten Adelsfamilie geboren. Seine Eltern bestimmten ihn für die militärische Laufbahn, aber schon Ende des Jahres 1884 quittierte er als junger Offizier den Dienst in der russischen Armee. In den folgenden Jahren wurde er mit der deutschen Philosophie beschäftigt und 1840 reiste er zu Studienzwecken nach Berlin. Über seine Tätigkeit in Berlin, Dresden, der Schweiz, Paris und Brüssel in der Zeit von 1840 bis zum Ausbruch der Februarrevolution im Jahre 1848 in Paris, berichtet das zweite Kapitel des Werkes. Das dritte Kapitel ist dem Titeln *Politik* gewidmet und beschreibt die Revolutionszeit 1848 bis zur Beendigung des Dresdner Aufstandes im Mai 1849, besonders auch seinen panlumißifistischen Planen sowie fiktive Gefangennahme in Chemnitz gerettet. Sein dann beginnendes Gefangenleben, seine zweimalige Verurteilung zum Tode (wegen seiner revolutionären Tätigkeit), die Amnestierung der Strafe in lebenslängliche Arreststrafe, die Auslieferung an Orléans, seine Verbannung nach Sibirien und seine 1861 erfolgte Flucht von dort über Japan und Nordamerika nach London, schließt und das vierte Kapitel. Das dann folgende Kapitel illustriert durch die Zeit des Londoner Aufenthalts bis Ende 1863.

Um interessanteren aufzutreten als Ende 1863. Am interessantesten sind die Kapitel jedoch bis zehn des Buches. In ihnen sind unter anderem geschildert: Die auslandsästhetischen und anarchistischen Theorien und Utopien Balunins, sein Gang zur Gründung geheimer Gesellschaften und zum Böfusismus. Ferner seine Wemühungen, die von Karl Marx geleitete „Internationale Arbeiterklasse“ von reicher Welttheorie dienstbar zu machen, wobei auch noch zwei Kongressen der bürgerlichen Frieden und Freiheitlichkeit mit seinen Plänen keine Zustimmung.

träze; zum Teil werden höhere Räume bezahlt als im Hochbau, unter andern in Mannheim-Ludwigshafen, Kaiserslautern, Worms und Mühlhausen. Die Eingeschalteten erhalten zum großen Teil den Raumerlohn. In diesen Wohngebieten ist der Preiswuchs erstaunt, daß es gut möglich ist, im Tiefland Tarife abzufertigen, den Tiefausbauarbeiter ist damit eben gezeigt, was Einigkeit zu leisten imstande ist. Die Unternehmer des Siedlungs-Baugewerbes stehen dem Abschlüsse von Tarifverträgen im Tiefland feindlich gegenüber. Das zeigt ja auch das Kompromiß in unserm Vertrage: „Er darüber, die zur Vorbereitung eines Hochbaus dienen, fallen unter den Vertrag.“ Für den eignlichen Tiefland ist damit noch nicht erreicht. Bei den Spezialisten, beispielsweise den Kanalmauern, zeigen die Unternehmer selten mit Wohnzulagen; das sind wenige Dutzend und eine solche Politik dient zur Erreichung der großen Masse. Tariffeindlichkeit hat besonders die großen Weltfirmen. Allerdings, wo eine festgelegte Organisation vorhanden ist, da müssen auch diese Firmen nachgeben. Ein gutes Beispiel, wo Eigenbau und Tariffeindlichkeit hinsichtlich der Beleger Firma Ulrich Berger, A.-G. Die Mühlhäuser verlangen mit Recht die Anwendung des Tarifes. Der Direktor der Firma erklärte wiederholt „In Berlin zahle ich nur 40,- und hier soll ich 65,- bezahlen?“ Stechen Sie doch, protestiert Sie Herr Berger, mir wird genügend Polizei und Militär zur Verfügung stehen.“ Aber Militär und Polizei hat die Firma nicht mehr für die Anwendung des Vertrages bewohnen können. Geklärt hat die Firma allerdings, daß sie, wenn sie in diesem Eingeschalt auf als befiehlt nachgeben, an ihrem prinzipiellen Standpunkt, also der Tariffeindlichkeit, hochstehende. Diese internationales Firmen müssen allerorts angegangen werden, damit sie auch die Tiefausbauerbeiter als Menschen betrachten lernen. Nicht uninteressant ist, daß der vierte Internationale Kongress für das Baugewerbe 1914 in Berlin die Frage der Tarifverträge auf der Tagessitzung hat, den den Stadtparlamenten, in den Landtagen und im Reichstag, muß darüber gewissen werden, ob bei Subventionen die Tarifverträge, nur Unterlagen, in Toffensen, ein Tarif vereinbart, mit mehrheitlich, als bislang, in Hoffmanns, ein Tarif vereinbart,

Ernst als bisher muß im Tie-
Dinge herangetreten werden.
Süddeutschland, sondern besonde-
re die Weißfrienen herkommen
zur Förderung der Agitation nach-
dem, die Liebfrauenarbeiter zu
menschewürdige Lohn- und Ar-
(bedrohter Beifall.)
Anschließend an den Vortrag
A. Höller über die Frage:

Wichtige Arbeiten, unter andern die Verschmelzung und die Lohnbewegungen, haben uns in den letzten Jahren soviel Zeit gelassen, neue Gebiete zu bearbeiten. Das Eisenbahnwesen ist für viele ein neues, unbekanntes Feld. Die Agitation ist wegen der Bleigefährlichkeit ohne Zweifel schwieriger als am Hochbau. Es hat aber auch an Kenntnissen über die Verhältnisse im Eisenbau gefehlt. Dasher kommt es, daß wir von über ein Drittel Millionen Arbeiter noch wenige Tausend organisiert haben. Die großen Erfolge im übrigen Baugewerbe sind im Eisenbau fast ohne Erfolg geblieben; hier stehen wir gewisslich erst am Anfang. Wenn wir uns die Arbeiter betrachten, so fällt zunächst auf, daß ein Dutzend Nationalitäten vertreten sind. Viele gemüthige Arbeitermasse, mit der wir uns nicht immer verständigen können, bildet bei der Agitation gerade Schwierigkeiten. „Big Business“ ist off die einzige Antwort. Das darf uns aber nicht abschrecken. Außer dem ausländischen finden wir im Eisenbau so manche verfrachtig, ruinierte Unternehmer und Leute aus allen Be-

uf. Dagegen kommen die vorübergehend Arbeitslosen aus funden hatte; die katastrophalen Folgen der Tätigkeit Boulardins in der „Internationale Arbeitersolidarität“ und seine Abschaffung aus ihr. Das erste (alte) Kapitel berichtet über als Lebendensein Boulardins und seinen am 1. Juli 1876 in Bern (Schweiz) erfolgten Tod.

Wir können dieses Buch auch allen Kollegen hoffens empfehlen, bevorzugen aber denen, die bei der Agitation syndikalistischen Ideen begegnen. Stellon ist das Buch, das es in Lebendensein Boulardin nennt, zwar geschrieben, um den neuen Revolutionären gerechtzuwerden; aber er ist bei allem offiziell genug zu zeigen, wie und warum Boulardin mit seinen Ideen und Vorstellungen irre, Karl Marx hingegen den Gang der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung richtig erkannt und dargestellt hat. Stellon sagt selbst (Seite 78):

„Zum Unterschied vom Marxismus, welcher die Ideologie des entwirtschaftelten Proletariats der Großindustrie aufstellt und die allgemeinen Interessen der Arbeiterschaft im ganzen zu vertreten sucht, war der Nationalsozialismus ihre Ideologie, in welcher der elementare Drang des unterdrückten Lumpenproletariats mit den unzulässigen Forderungen der Bauten der ausgeschlossenen, eben erst in das Stadiun Kapitalistischer Entwicklung eintretender und sich mischenden. Dadurch erklart es sich, daß die nachrichtlichen Anhänger ihrer Haupthängriger in England, Italien, Spanien standen. Hier haben sie sich am längsten erhalten.“

andern Berufen, die natürlich die erste Gelegenheit befreien, um wieder im eigenen Beruf Stellung zu nehmen. Der alte Stahl eignet sich bestens für Eisenarbeiter, ist vielfach von fast gleich und nur in einzelnen Stellen haben wir uns anfängliche Leute. Das übrige beständige deutsche Element besteht aus Baderarbeiten. In unsern Bezirken kommen sie aus den Spessart, der Hessenland, der Eifel, aus Thüringen und aus Altmühl. In den letzten Jahren haben auch eine immer größer werdende Zahl von Kleinstämmen in Tiefenbach Arbeit. Sie kommen per Eisenbahn, wischen und unter der Erde. Die Anteilspolitik Deutschlands ist hier ein großer Vorteil.

ands verfeht ihr Ziel; der Kleinbauern wird nicht an die Sache gefesselt, sondern von ihr weggetrieben.

Zu den dauernd im Tiefbau beschäftigten Arbeitern gehört ein gerlinger Teil Gelehrter, wie Sanitätsarbeiter, Geologen, Biometer, Füger und Beamtenfacharbeiter. Die gelehrten Arbeiter sind wohl fast zumenschlosen organisiert; ihre Teilnahme an Organisationstätigkeiten läßt aber zu hundert übrig. Speziell den Sanitätsmännern muß man sagen, daß sie außer Rechten der Organisation gegenüber den Bäuerlichen haben. Organisationsfähig sind die Arbeiter, wenn die Gelehrten mitfehlen; dafür haben wir noch manches Beispiel. Die Organisierung des Kleinbauerns ist kein gutes Beispiel; sie bringt das Verständnis für die Arbeiterbewegung in die entsprechenden kleinen Dörfer. Da wird auch manchmal mit Herabsetzung der Arbeitselemente zu kämpfen sein. Mit unserer althergebrachten Agitationsschärfe werden wir auch Erfolge haben. Nach Feststellung von Namen und Adressen, läßt sich mit Vorleseausagitationen beginnen. Einladungen zu Versprechungen und Versammlungen werden folgen. Gerner Zusammenhalt der Organisationen in einer Sektion und Behandlung der Fragen des Tiefbaus in den Sektionsversammlungen wird das Interesse geweckt und die Mitschräfer an die Organisation gefestigt. Der Hauptpunkt ist auf die Mitarbeit des Kleinbauerns zu legen, deren hoher Agitationsgeist ist die Arbeitsstelle. Die Führung muß mit den Banderarbeitern auf und in der Heimat beobachtet werden; es müssen dort Verhandlungen abgeschlossen und die Arbeitsvermittlung gepflegt werden. Bei der proletarischen Arbeit werden sich weitere Agitationsschärfen heraussellen. Auch der schwache Bauarbeiterstab gibt viel Stoff für die schriftliche Agitation, die die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen muß, dñe ebenso manchen Erfolg zeitigen. Sind die Arbeiter organisiert, dann muß verzweigt werden, um Rohrbewegungen die Lustzünde zu bestimmen. Die Erziehung der Verbandsbehörde wird oft besser durch die Auflösungserklärung geschehen. Von Vorles in der Auslaufführung von Mitteilungen über wichtige Vorankündigungen, Infärs, Submissionen, Bilanzen und dergleichen. Dortier empfah dann eine Resolution, die praktisch durchausfähige Anregungen enthält. Wir haben die Möglichkeit der Organisierung des Tiefbauarbeiter; gehen wir bei dieser geübten Gruppe des Baugewerbes ernst an Setz, spannen wir alle Kräfte an, dann kommen wir vorwärts. (Lebhafte Beifall.)

Die von Vorles beproposten Resolution hat folgenden

Die Konferenz ist der Überzeugung, daß die Organisation der Liefbauarbeiter für diese selbst ein dringendes Bedürfnis ist und daß auch die Grundlagen dafür vorhanden sind. Die Konferenz erachtet alle Verbandsbildungskräfte, in aller Straft die Agitation für diesen Zweck aufzunehmen, um die Agitation planmäßig und erfolgreich weiterzuverfolgen, erachtet die Konferenz den Verbandsaufstand, das erforderliche Material zu beschaffen und den in der Agitation tätigen Kollegen zur Verfügung zu stellen. Die Konferenz erwachtet, daß diese Anstrengungen überall befriedigend und bespricht sich davon, bei der Organisation der Liefbauarbeiter aufzutreten.

aus des ersten sagt, gilt auch gegen die gleichen Ideen und Befreiungen der heutigen Anarchisten und Syndikaten.

2021-5-5

Wir fahren zur Arbeit!
(Maschinendruck verboten.)

Frei wollen wir werden!
Wir fahren zur Arbeit mit hoffendem Mut,
wie wissen, es steht unsere Sache gut.
Es dümmert im Voll, es füllt'n sich die Reih'n,
sie wollen ledig des Rodes sein,

Wir fahren zur Arbeit mit freudigem Blick,

Wir wissen, eins steht mit Menschen drau,
wir wissen, eins ändert sich unter Geschlecht,
dann werden wir Menschen auch Menschen sein.
Dann schau'n wir getrost in die Zukunft hinein.
Mag kommen, was da auch kommen mag:
Wir wissen: eins kommt ja doch unser Tag!

firmen der Taxifidee feindlich gegenüberstehen, ist zur Errichtung von Taxifertigungen eine Bewegung auf besserer Grundlage notwendig. Die Konferenz hält es für geboten, daß in den verschiedensten Beziehungen an gleicher Zeit ein Vorstoß gegen diese Firmen unternommen werde. Sie erachtet den Verbandsvorstand, diese Bewegung einzuleiten, sowohl die Möglichkeit dazu vorliegt.

3. Die Konferenz richtet an alle Vertreter in den Staats- und Gemeindeparlamenten die dringende Bitte, dahn zu wirken, daß bei Vergabeung von Arbeiten tariffreue Firmen den Vorzug erhalten.

Die Diskussion in der Kollegen aus allen Sphären zu Wort kamen, hielt sich eigentlich im Rahmen der Referate. Die Kollegen schilderten ihre Erfahrungen mit den verschiedenen Firmen, wobei speziell von den sogenannten Weltfirmen wenig Achtung gezeigt wurde. Die Eingangsberechnungen bestätigen im Detail, wie in den Referaten bereits zum Ausdruck gekommen schieden sich stände im Liebhaber. Die Karrierechancen der großen Firmen wurde durch Weisbergabgabe einer Neuerung eines maßgebenden Beamten der Firma H. W. Holzman & Co. gegenüber den Kollegen Haefel-Wiesbaden recht beleuchtet. Der betreffende Beamte gab die prinzipielle Erklärung ab, daß er die Gedarbeiter als Auskunftsstellen Element nicht für reif erachtete, einen Vertrag abzuschließen. Diese Auskunden haben natürlich nur so lange Stand, als die Arbeitnehmer keine feste Organisation haben. Leibhaber gelangt wurde über die Firmen aus dem Norden, die ihre sämigen Eigenheiten nach dem Süden verplangten. Im Norden dürfen unter jenen Kollegen den Dingen nicht mehr talente zugeschen. Höhleiner-Nürnberg glaubt, daß in der Agitation manche Zweigvereinsfeindung mehr hörte. Submissionsweisen, Bauarbeiterfach und das Worfusifikat seien die größten Nebel. Der Vorwurf werde meist nicht in Geltung bringen, sondern in Morden ausgegeben, die nur in der Rantine verbreitbar sind. Die Arbeitnehmer erhalten so um teures Holz schlechte Speisen und Getränke. Kürschner-Münzen berichtete sehr die Allordnungen und schilderte die bei jedem gemachten schlechten Erfahrungen. Rothmühle-Augsburg wünschte, daß die Kollegen aus fremden Zweigvereinen im Interesse vor ihren Pflichten genügen. Auch müsse endlich mal ein ernstes Wort mit den ehemaligen Verbänden gesprochen werden. Die Hunderte von Bauarbeitern als Mitglieder haben. Bauer-Straßburg stimmt dem zu. Besonders der Fabrikarbeiterverband respektierte, wie Kollegen Fischer feststellte, den Kartellvertrag nicht. Werner-Stuttgart bedauerte, daß seit vielen Monaten die Agitation unter den Italienern in folge ununtermeisterlicher Finanzprägnanz des Kollegens Boffi gar nichts kommt. Hoffentlich werde bald Erfolg geschaffen. Die bisherige Agitation unter den Italienern war, was von mehreren Kollegen festgestellt wurde, von beachtenswerten Erfolgen gefrönt. Sured-Straßburg schilderte unter lebhafter Bewegung den Konferenz die bekannten Vorgänge am Nordbahnhof Würselen. Die Firma habe bei den Verhandlungen Bohlmissen aus Hamburg und Berlin gezeigt, wonach dort Löhne von 36 bis 40 $\frac{1}{2}$ bezahlt würden. Die Aufstände dort seien eine Gefahr für den Süden. Bei Erledigung der Streitigkeiten habe Berger zu der Abteilungswohnsiedlung Colberg gefragt: „Der Streit kostete mich 38.000 mehr als die fertiggestellte Rohzimmerei; jagen Sie doch was das auf andern Bauten wieder weitmachen.“ Die Gedarbeiter müssen sich auflehnen gegen diese Unternehmer, die die hohen Kosten belassen. Pfeiffer-Mannheim empfahl, die Parteiführer in Auge zu behalten, die sich zur Niederhaltung der Arbeitnehmer gebrauchen lassen. Bei Guimilson sei es notwendig, daß sich unsere Vertreter in den Stadtbüroamtsen engagieren, die Arbeitnehmer einzubringen.

den Stadtparlamenten genau die Bedingungen ansehen. Von einigen Rednern wurde der Buntfisch geäufert, der Verbandslandtag solle den Zweigvereinen mehr Bewegungsfreiheit lassen. Demogenauer betonte College Paedagogium, daß der Vorstand schon sehr weitherzig das Statut handhabte. Keineswegs werden die Gesetze nach dem Vorschlagen erzieht, aber das Verbandsgefecht müßte doch als allgemein hochstet werden; wir müssen unter allen Umständen über die Borginge in den Zweigvereinen orientiert sein. Das muß der Zweigverein beitreten tun und nicht erst dann, wenn ihm die Dinge bereits über den Kopf gewachsen sind. Künftig läßt sich die Organisation im Zweifbau nicht schaffen, die Erdarbeiter müßen selbst den Drang der Organisation in sich fühlen. Eingelne gute Anläufe haben wir dazu, besonders wenn die Kaufleute neue Mitglieder gewinnen. Die Bergarbeiter liegen in Deutschland sehr verschiedenartig. In Norddeutschland finden wir wenig Einheimische im Tiefland, auch keine Kleinbauern. Mitglieder anderer Verbände haben wir in ganz Deutschland in Zweigvereine, ja, es gibt Orte, wo andere Organisationen familiäre Bauarbeiter als ihre Mitglieder führen. Erst Kartellberatungen erfolgt seine Uebersehierung. Wir müssen das verlangen, schon aus latifizischen Gründen; dend wir nur am Zollvereinigung. Die Arbeitnehmer in Hoch- und Tiefland gebieten zu uns. Nur im Tiefland vorwärtszuflommen, brauchen wir Nutzniehende; viele Kräfte müssen da Hand anlegen, um Beistung zu schaffen. Diese Konferenz wird Freiheit tragen, und der Vorstand wird auch eine ordentliche Konferenz für das ganze Reich einberufen, wenn er sieht, daß sie ihnen überall erzieht. Wie werden auch Mittel herstellen. Einsteuerer lassen wir die Sozials fiktiv entwideln und arbeiten läufig. — Die vorliegende Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen. Das Protokoll der Konferenz soll in Druck erscheinen. College Hempel-Granitzfuß hielt noch einen kleinen Rückblick auf die Tätigkeit der Konferenz und schloß die sehr angenehm verlaufenen Konferenz mit einer Ruffe.

Die Gewerkschaften.

Ein Buch von Adolf Braun.

Einem vernünftigen Menschen wird es immer Vorteil bringen, wenn er erfährt, wie ein kritisch veranlagter Freund über ihn und sein öffentliches Wirken denkt. Gern wird er die Ratschläge eines solchen Freunde hören; wenn er sie zu prüfen und das Brauchbare zu seinem Nutzen verwenden. — Ein solcher Freund ist Adolf Braun, der den freien Gewerkschaften. Weiß keiner der vielen Theoretiker, die die Arbeiterselbstbewegung hervorgebracht hat, jetzt so in den Beziehen der Gewerkschaften hinein gearbeitet wie er; weiß keiner ihre Bedürfnisse, die Grundlagen ihrer Erfüllung und ihrer Macht besser als er. Daraus kann sie auch einer objektiver beurteilen als er, und darum hat, was Adolf Braun über die Gewerkschaften oder eingleine gewerkschaftliche Fragen sagt, auch mehr Bedeutung als das, was andere, mit dem Beziehen der Gewerkschaften weniger vertraute Theoretiker über dieselben zu sagen haben. Nicht, als ob man nun auf jeden Brauchbaren Satz schauen müsse, als ob man alle seine Gedanken über eine Theorie blindlings annehmen dürfte; Auch dieser Theoretiker verfügt keine absolute Wahrheit! Aber man darf doch die Gewissheit, daß das, was er über die Gewerkschaften schreibt, Ergebnis reiflicher Überlegung auf Grund einer gründlichen Kenntnis der Gewerkschaften ist.

Unter diesen Umständen wird sicher ein neues Buch Adolf Brauns von den Gewerkschaftern und allen, die sich mit den Gewerkschaften befassen müssen, freudig begrüßt werden. „Die Gewerkschaften, Ihre Entwicklung und Kämpfe“ soll Braun das Buch betiteln. Es ist dies nicht die Geschichte der Gewerkschaften, sondern die Braum schon seit Jahren streichen will — die kommt erst später —, es ist auch nichts Neues, was Braun in diesem Buche bietet, sondern es ist eine Sammlung von Aufsätzen, die er in den letzten 20 Jahren in verschiedenen Zeitschriften über die Gewerkschaften und eingleine gewerkschaftliche Fragen veröffentlicht hat. Die einzelnen Beiträge sind weder stilistisch noch ihrem sachlichen Inhalt nach gleichwertig; aber nichts ist darüber, was gleichzeitig oder gar vorherlos wäre. Man kann gegen das Buch einwenden, daß es nichts Einheitliches sei, daß nicht ein Kapitel mit Rücksicht auf dem vorhergehenden herausfällt. Auch darauf kann man hinweisen, daß manche Kapitel Wiederholungen enthalten. Das ergibt sich aus den Beziehen und der Entstehung des Buches. Es enthält eben Studien über gewerkschaftliche Fragen, die aber während eines längeren Zeitraums alle unabhängig voneinander entstanden sind. Aber wenn es weniger auf die Gliederung des Stoffes als auf den Inhalt, weniger auf die Form, als auf die Gedanken ankommt, dann ist diese Mängel des Buches kaum empfindlich, zumal innere, die gleichen Stoff behandelnde Aufsätze zusammengezügelt worden sind. Auch sind die einzelnen Aufsätze nicht notwendig in das Buch übernommen worden, der Verfasser hat diejenige verjüngt, die sonst wie möglich zusammengezügelt und ein einheitliches Ganges daraus zu machen. Dazu kommt noch, daß er die Benutzung des Buches durch Schaffung eines umfangreichen Sach-, Berufs-, Orts- und Personenregister erleichtert hat.

In dem Buch sind alle wichtigen gewerkschaftlichen Fragen behandelt, die in den beiden letzten Jahrzehnten aufgeworfen worden sind und von denen manche noch ihrer Wirkung harrten. Braun hat eine Anzahl Aufsätze, in denen er die Erziehung und Entwicklung der Gewerkschaften, ihre Vorläufer, die Stellung von Marx und Engel zu ihnen schüttet, unter dem Kapitel „Gewerkschaftsauflagen“ zusammengefaßt. Eine Aufzähl weiterer Aufsätze hat er den Titel „Deutsche Organisationsprobleme“ gegeben. Hier behandelt er unter anderem die gewerkschaftlichen Verfassungsfragen, gewerkschaftliche Demokratie und Zentralisation und das Finanzwesen der Gewerkschaften. Da die Anlage der Gewerkschaftsgelder gegenwärtig wieder diskutiert wird, möglicherweise gelöst sein, daß Braun die Anlage der Gewerkschaftsgelder bei großen Banken empfiehlt, bei denen nach seiner Meinung der Bereich mit einer Bindungsfrist durch Absicherung einer berührungslos niedrigen Rentenrate erlaubt werden soll. Wie dir die Steigerung des Vermögens durch günstige Anlage für die Gewerkschaften Selbstredend sein. Die direkte Verpfändungsmöglichkeit über das Geld sei die Faustpfoste; ihr müsse sich die ganze übrige Finanzpolitik der Gewerkschaften unterordnen. Zur Anlage der Gelder in Staatspapieren liege wenigeinmal Rentenverzinsung vor. Von der Errichtung eines Gewerkschaftsbundes verspricht sich Braun keine Vorteile, auch gegen die Anerkennung der ganzen Gewerkschaftsgelder bei einer Genossenschaftsstadt hat er Bedenken. Einsiedlerisch verläuft er den Aufbau von Alleen an den Inseln, auf der Aktionsära-

Jamming Einfuß auf die Gestaltung der Betriebsverhältnisse zu gewinnen.

Die Stellung Brauns auf den gewerkschaftlichen Verfassungsfragen ist bekannt. Er sieht die Gewerkschaften nicht als etwas Starres, Überdurchschnittliches an; er sieht in den wissenschaftlichen Verhältnissen herausvorspringen, aber sieht auch, wie ihr eigenes Wachstum mancherlei Verfassungänderungen nachdrücklich macht. Er ist ein entschiedener Verfechter der Zentralisierung, er hat volles Verständnis für die Auflösungsfähigkeit der alten, unzweckhaften Demokratie und die Einführung jener Demokratie, bei der das einzelne

Wigtsicht nicht mehr persönlich und unmittelbar, nur noch durch die Wahl geeigneter Vertreter seiner Geltung verschaffen und bei wichtigen Beschlüssen wüthen kann. Aber bei alledem wird der Generalstreit noch die Frage auf, ob bei dem geplanten Umfang der Gewerkschaften die Zentralisation möglich sein wird, „ob die Größe der Organisation Aufgaben stellt, denen die Verbandsbildung tatsächlich mehr gewachsen sein kann; ob man nicht deshalb neuen Formen, nach einer Verknüpfung der unbekämpflichen Zentralisation mit einer doch weiteren föderativen Verfasstung zu suchen hat.“ Sicher scheint der erstenstetige Beauftragt weit ist. Schief liegt es gegen diese Leute, die die Anwendung per se ihrer Theorien, Methoden und Taktik auf die Gewerkschaften wünschen. Das ist ebenso verfehlt wie der Widerstand gegen die sozialdemokratischen Taktik und Prinzipien entwulstet zu wollen.

Zu fünf Kästen behandelte Braun österreichische und englische Organisationsprobleme, unterteilt die österreichischen Sonderorganisationen und Unfrustriertheit der sozialdemokratischen Gewerkschaften deren Daten und Erfolge im neuzeitigen Gegenjahrzehnten Neben und Schriften der Verfechter der sozialistischen Theorien stehen. Ohne es zu sagen, nimmt in seiner Abhandlung über die Sozialdemokratie (Gewerkschaften) auch Stellung gegen jene unbedeutenden deutschen Gewerkschaftspolstel, die durch fortwährende Gewerkschaftsvereine eine revolutionäre Gymnaufsitze treiben möchten, weil sie glauben, daß sie die Arbeiter schon neue Organisationen schaffen würden. Mit Recht steht er darauf, daß sich die Mehrzahl der gewerkschaftlichierten Arbeiter den Organisationen angegeschlossen sie von der Bürgerschaft zu ihren praktischen Nutzen nützen, Zeit für die Gestaltung ihres Arbeitsvertrages und Sozials und Sozialen eröffnen.“ Für Gewerkschaften solche praktischen Vorteile nicht gewährleisten, deren Lösung gar jeden Stenografen zu erfordern ist, die in tatsächlichen Fällen dazu da sind, politische Demonstrationen gegen den Staat zu besorgnisse und was dergleichen Dinge plänen mancher Gewerkschaftspolstel mehr sind — für Gewerkschaftsmitglieder zu gewinnen und zu wahren in der Tat eine sehr schwere Aufgabe. Darum wohl allerdings auch keine Erfolg, daß sich die Gewerkschaften auf die Rottweile der Generalstreit einlassen.

Weitere Abhandlungen will Braun der Organisationsseite den Arbeitern und den Kampftümern gewidmet. Dann folgt ein Kapitel über Kampftümer. Hier willt Braun den Arbeitern in einem ersten Absatz zeigen, daß man streiken soll, recht nachdrücklich. Zugens, daß er Selbstbeherrschung haben müßte, von den Unternehmern. Er kann die Streikrechte ausufen dürfen, wenn diese für sich die Zeit als gerecht erachten. Er ist überzeugt, der jetzt richtigen Meinungswert der Gewerkschaften, wenn irgend möglich, den Angestellten eine gesetzliche Kraft des Unternehmens aufzuschaffen ebenso wie das in der Regel die Erfüllung sein wird. In dem gleichen Artikel tritt Braun für einen und immer endringender werdenden Lohnansteigerungsbereich ein. Er predigt Wörter bei der Forderung nach Verdopplungen, die sich nicht ins Rebellenherren dürfen, sondern auf das praktisch Erreichbare fest sollen, damit nicht die Leute, die man theoretisch Wünschbares verpflichtet habe, enttäuscht, wenn von ihren Forderungen nur ein Teil erfüllt. Entschieden fordert Braun die Haltung gewerkschaftlicher Diktatoren, ohne die Führung einer Organisation im kleinen noch im großen möglich sei. Die Forderung auf von vielen unserer Kollegen geforderte Eigeninitiative als gewerkschaftliches Kampfmittel verzweifelt sie die darauf gelenkten Hoffnungen nicht recht werden. Die Tarifverträge sind nach seiner Meinung Friedensdokumente; sie mildern nicht den Hass, sondern den Kampf um die Tarifverträge bilden wesentlichen Teil des Maßnahmekampfs. Braun ist die gesetzliche Regelung der Tarifverträge, weil notwendig sei und die Arbeitnehmer von einer solchen Arbeit nicht Gutes zu erwarten hätten.

Es ist unmöglich, alle von Braun behandelten hier auch nur anzugeben. Die wenigen hier gebrüderlichen mögen als Beispiel für den Gedanken des Buches genügen. Jeder Gewerkschaftsberater, insbesondere der, der zur Aufführung seiner Kollegen berät, sollte das Buch lesen. In jeder Gewerkschaftsstelle ist es vorhanden sein. Es ist ein Buch über Gewerkschaften und für die Gewerkschaften, von dem zu wünschen ist, daß sein Inhalt bald in die häuslichen Arbeitsräume Eingang finden möge.

Wirtschaftliche Missionen

Die Ausleseperioden des Reiches und Preußens: von
prozentigen Top bis zum Ende des vierprozentigen.
laufende Scheine mit Auslösung zum vollen Na-

Preußen jetzt wohl über seinen einzigen
ordentlichen Geldbedarf von 400 Mill.
Mark deden muss dokumentieren auch nach
dem Abzug einer verunsicherten Aufzehrperiode und
dafür als wahrscheinlich voraussetzende Ver-
gessenheit hinzuaddiert auf dem Geld und
aufgeht seit dem Jahre 1825 sich nicht mehr
jondern mit reicher wachsender Stärke vermehren hat.

Connewitz, Frohburger Straße; Smikala (Rabitz), Möckern; Keil und Hädrich, Windscheidstraße, wo kein Lohn gezahlt wurde.
Lüneburg. Gesperrt sind die Reparaturen auf der Wachsbleiche.
Mittelsch. Der Unternehmer Winkler hat sich als Zahlungsaufschub erwiesen.
Nürnberg-Gussenhäuser. Sperrt über die Firma Elterlein, Podejko.
Pößlitz. Der Unternehmer Schulz hat sich als Zahlungsaufschub erwiesen.
Pößlitz. Sperrt über den Unternehmer Paapa.
Preetz. Sperrt über den Unternehmer Maßmann.
Pütbus a. R. Sperrt über den Neubau des Unternehmers Krüger aus Bergen.
Rothenburg i. Haan. Gesperrt bleiben die Unternehmer Peter Willenbrock und August Frömmeling, die sich weigern den Tarif anzuerkennen.
Rügenwalde. Sperrt über die Firma Kappeler.
Sagan. Auf die Arbeitsbeschaffungen bei Neuhannover an Quisic sind folgende Unternehmer gesperrt: Eisler & Richter-Sagan, Jackel-Nousatz, Möbius-Sorau, Schneider-Sommerfeld und Werner-Wehrau (Kreis Banzlau).
Strasburg l. d. U. Sperrt über den Unternehmer Döring auf der Arbeitsstelle in Gr. Luckow.
Strelitz. Sperrt über die Arbeiten der Firma Weiland, Visselholzseide. Sperrt über die Bauten der Unternehmer v. Wieding in Hiddingen, Wolf in Jedingen und Lüngmann in Schwitschen.
Wangerland. Gesperrt sind die Arbeiten des Unternehmers Jürgens.
Wermelskirchen. Sperrt über den Unternehmer Seinschka-Wismar. Sperrt über die Firma Eggert.
Zerbst. Sperrt über die Firma Garcke.

Fliesenleger und Terrazzoarbeiter:
Gelsenkirchen. Sperrt über die Firma Hünbeck & Co. sowie den Zwischenmeister Jacob Weber.
Hagen. Sperrt über die Firma Wimmer & Gärtnerei.
Hannover. Sperrt über die Firma Aug. Hoehne Söhne.
Münster. Sperrt über die Firma Fortwisch.
Nürnberg. Sperrt über die Firma Herbel und Hans Müller.
Nürnberg. Sperrt über die Arbeiten der Zwischenunternehmer Bocklet (Bamberg) und Aug. Leibl.

Gipsler und Stukkateure:

Cuxhaven. Sperrt über das Geschäft von Brüggemann, Hamm I. W. Sperrt über W. Möseler wegen Nichtanerkennung des Tarifs.
Leipzig. Gesperrt ist die Firma Wehla, Dorotheenstr. 8. Moritzstr. Sperrt über die Firma Willi Bott jun. in Wildbad.
Saarbrücken. Sperrt über die Firma Jaen & Maurer aus Homburg (Pfalz) (Baustelle Überlandzentrale). Schleitstadt. Sperrt über die Firma Bertold.

Isolierer und Steinholzleger:
Chemnitz. Gesperrt sind die Firmen Ziegner & Fritzschke und Knoch.
Öblin. (Isolierer). Sperrt über die Firma Jul. Katho wegen verweigerter Anerkennung des Tarifvertrages. - (Steinholzleger). Sperrt über die Eubelit-Werke (Zweigstelle Cöln).
Dresden. Sperrt über J. E. Schmidtke, Löschstr. 24, wegen Nichtanerkennung des Tarifs.
Hannover. Sperrt über die Hannoversche Isoliergesellschaft.
Leipzig. Sperrt über Grünzweig & Hartmann.
Magdeburg. Sperrt über W. A. O. Brückmann.

England:
 In London hat am 24. Januar die Ausperrung der Bauarbeiter begonnen.

Kroatien-Slawonien:
Mitrowitzia in Syrmien und Sarajevo in Bosnien wegen Lohnbewegungen gesperrt

Arbeitsmarkt

Über die Arbeitsmarktwweise der Unternehmen in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Flensburg, Nordenham, Nürnberg, Oldenburg, in Groß-, Schleswig, Stade, Bremen und Wilhelmshaven haben unsere vorliegenden Kollegen den Bericht verfaßt.

Bezirk Hamburg.
 Wyl a. Fähr. Hier läuft der jetige Tarifvertrag am 1. April ab. Die Arbeiter haben sich wieder auf die Kommission gesetzt, um mit ihnen über den Abschluß eines neuen Vertrages zu verhandeln. Die Unternehmer meinen jedoch jede Lohnverhöhung gerade. Es hat den Anschein, als wenn die Unternehmer befürchten, die in Winter immer in Winter ist, soll es nicht so sein, daß dann im Frühjahr oder Sommer, nach Feststellungen aller Bauteile, jede Lohnforderung sofort abweichen kann. Der Zweigverein Nord erfuhr unter diesen Umständen, den Zugang nach Wyl a. Fähr streng fernzuhalten.

Haupttarifamt für das Bauwesen

Zu Nr. 3 des "Grundstein" wurde bereits die Tagesordnung der Sitzung des Haupttarifamts vom 20. bis 22. Januar bekanntgegeben.

Die 51 Punkte der Tagesordnung konnten wiederum nicht alle erledigt werden. Schon vorher war den Parteien mitgeteilt worden, daß am zweiten Tage, nachmittags 3 Uhr, der Saal geräumt werden müsse. Dazu teilte der geschäftsführende Unparteiische vor-

Eintritt in die Tagesordnung mit, daß Herr Dr. Preuner wegen Krankheit verhindert sei, zur Sitzung zu erscheinen. Des weiteren teilte Herr Beigeordneter Rath mit, daß er am zweiten Tage um 1 Uhr die Sitzung verlassen müsse, um nach Eisen zu reisen. So erreichte die Tagung des Tarifamts, weil nicht ordentlich durch Unparteiische besetzt, vorzeitig ihr Ende. War nun schon dies für die Erledigung der Tagesordnung nicht gut, so wurde die Zeit durch die Behandlung von Fragen, die nicht auf der Tagesordnung standen, noch mehr eingehaushaft. Jede einzelne Frage wurde von den Unternehmern und Arbeitern höchst umstritten. Von der Tagung im Dezember sind 92 Beschwerden über geblieben, diesmal aber 34 der späteren Sitzung übergeblieben. Zu dieser ist die Zeit vom 2. bis 5. März d. J. in Aussicht genommen. Ob das Haupttarifamt, wie im Jahre 1911 das Zentralstrafgericht, im März alle eingelassenen Beschwerden wird erledigen können, bleibt abzusehen. Richtig wäre es!

Die Aufforderung bildete auch diesmal wieder den Punkt, an dem die Arbeitgeber eintraten. Sie sind mit dem im Dezember vorigen Jahres erreichten Abspruch noch nicht zufrieden. Die Aufforderung soll nach ihrer Meinung auch da nicht als ausgeschlossen gelten, wo einmal auswärtige Auffordolonen in Alford gearbeitet haben. Sie glauben es dann in der Hand zu haben, innerhalb einiger Jahre im ganzen Lande die Aufforderarbeit durchzutragen. Die Unparteiischen stellten sich dann tatsächlich auf die Seite der Unternehmer und entschieden in Fall Elsenburg, daß auch die Arbeit dieser Auffordolonen mitzuzählen sei. Zu diesem hatte, wie so häufig, ein Unternehmer seine Arbeit dem Polier in Elsenburg übergeben. Der Polier beschäftigte die Gejellen und Arbeiter in Lohn und zahlte ihnen auch nur den Stundenlohn. Der Unternehmer hatte sogar die ganze gesetzliche Verantwortung auf ihn vertraglich übertragen und ihn so selbst zum Unternehmer gemacht. Alles das mußte es sein, ob soll auch in diesem Falle nochmals örtlich untersucht werden, ob die Arbeiter trotzdem nicht am Alford beteiligt waren.

Eine weitere Frage betraf den Abschluß von Verträgen mit Unternehmen an Orten, wo der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe nicht vertreten ist. Die Unternehmer verlangen, daß auch dort die Arbeitgeberorganisation verpflichtet sein sollen, das Reichstarifvertragsmuster zur Durchführung zu bringen. Sie geben zu, daß die Genehmigungsschau und die Vorrichtungen über die Schlichtungsinstanzen weggelassen werden müssen. Die Vertreter des Bundes gingen sogar so weit, daß sie alle von uns abgeschlossenen Verträge, die dem nicht entsprechen, für ungültig erklären wollten. Darin folgte ihnen zwar das Haupttarifamt nicht, sprach aber aus, daß auch in solchen Fällen der Reichstarifvertrag in seinem wesentlichen Inhalt zur Durchführung gelangen sollte. Es liegt aber nicht in der Macht des Haupttarifamts, johle im guten Glauben und rechtswidrig abgeschlossene Verträge für rechtswidrig zu erklären.

Die Beanstandung und Nichtgenehmigung der Verträge durch die Zentralinstanzen beider Parteien hatte zu Beleidigungen Anlaß gegeben. Das Haupttarifamt hat den §§ 2, 4, 6 und 8 eine Auslegung gegeben, daß diese Beleidigungen in Zukunft befehligen. Des weiteren ist entschieden, daß das Gebiet und der Sitz des Tarifamts in allen noch nicht genehmigten Verträgen nachstellt gemacht werden sollen. Wenn innerhalb einer Frist von sechs Wochen, von 23. Januar dieses Jahres an, der Abschluß eines Tarifvertrages aus irgendeinem Grunde noch nicht erfolgt ist, so hat jede Partei das Recht, die Angelegenheit zur Entscheidung des Haupttarifamts zu bringen.

Im Zweigverein Heide verhandelte eine Lohnkommission mit den Unternehmern. Zur Unterschrift des Vertrages holte sich der Vorsitzende der Zweigverein-Kommission. Er war Schriftführer des Zweigvereins und holte sich als solcher den Stempel des Zweigvereins, und holte sich ebenfalls den Stempel des Zweigvereinsvorsitzenden von dessen Frau. Die Abmachungen der Kommission mit der Kommission der Unternehmer waren aber nicht richtig in den Vertrag hineingearbeitet. Auf die Beleidigungen des Zweigvereins hob das Haupttarifamt die Gültigkeit des Vertrages auf.

Unter dem 15. Oktober vorigen Jahres hatte das Haupttarifamt die Aufforderung für Emden für gültig erklärt. Die Unternehmer beschwerten sich, daß trotzdem von Beamten unseres Verbandes die Ausführung von Aufforderung verhindert werde. Das Haupttarifamt sprach aus, daß wenn dies jüretzt, ein tarifwidriges Verhalten vorliege, das zu befehligen sei. Eine Beleidigung des Zweigvereins Märkte über eine Firma Moll, die bei Betonarbeit nur Baugrubenarbeiterlohn zahlt, was von den Unternehmern beklagt wurde, wurde zurückgestellt. Es soll am Ort festgestellt werden, welche Löhne die Firma Moll den Arbeitern an dem befehligenen Bau gezahlt hat.

Entscheidungen des Haupttarifamts

Zur Entscheidung Hamburg vom 11. Dezember Jahres erhält die Nr. 31.

Entscheidung Nr. 32.

Auf die Beurteilung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe (Arbeitgeberverband für die gewerblichen Gewerbe Elsenburg) gegen die Entscheidung der Instanz vom 18. September 1913 in Elsenburg das Haupttarifamt.

Die Sache wird an die zweite Instanz zurückgeleitet.

Durch die Auslegung, die der Aufforderungsparagraf des Haupttarifamts nach Erfolg der Vorentscheidungen, hat sich die Stellungnahme zu der Aufforderarbeit wesentlich geändert. Vergleicht die Entscheidungen vom 8. Oktober Nr. 2 und vom 10. Dezember 1913 Nr. 17. Die Entscheidung läßt insbesondere die Fassung bestimmen, ob und in welchem Umfang, bzw. in welcher Zeit von 1908 bis 1910, Aufforderarbeit geleistet wurde. Es ist zu bedenken, daß die Aufforderung, wenn sie von auswärtigen Arbeitern ausgeübt wird, unbedingt gebürgt ist, gegebenenfalls nicht unbedingt gebürgt ist.

Entscheidung Nr. 33.

Auf den Antrag des Deutschen Bauarbeiterverbands Weiden, betreffend Auslegung der Entscheidung der zweiten Instanz und Ausspruch der Aufforderarbeit für das Bergarbeitsgebiet Weiden nicht, erhält die Sache die zweite Instanz zurück.

Die Sache wird an die zweite Instanz zurückgeleitet.

Entscheidung Nr. 34.

Auf den Antrag des Deutschen Arbeitgeberverbands Zweigverein Weiden, betreffend Ausspruch der Entscheidung der zweiten Instanz und Ausspruch der Aufforderarbeit für das Bergarbeitsgebiet Weiden nicht, erhält die Sache die zweite Instanz zurück.

Entscheidung Nr. 35.

Der Aufforderungsparagraf des Reichstarifvertrages den Tarifschluß des Haupttarifamts Nr. 1 und Tarifschluß des Haupttarifamts Nr. 2 ist eine Ausspruch der Aufforderung der zweiten Instanz und Ausspruch der Aufforderarbeit für das Bergarbeitsgebiet Weiden nicht, erhält die Sache die zweite Instanz zurück.

Entscheidung Nr. 36.

Der Aufforderungsparagraf des Reichstarifvertrages den Tarifschluß des Haupttarifamts Nr. 1 und Tarifschluß des Haupttarifamts Nr. 2 ist eine Ausspruch der Aufforderung der zweiten Instanz und Ausspruch der Aufforderarbeit für das Bergarbeitsgebiet Weiden nicht, erhält die Sache die zweite Instanz zurück.

Entscheidung Nr. 37.

In Sachen des Deutschen Arbeitgeberverbands Zweigverein Berlin gegen die Arbeitnehmerzentrale wegen Ablösung von Tarifverträgen einzelner Arbeitgeber, die in vielen Betrieben bestehen, erhält die Sache die zweite Instanz zurück.

Zu § 1 Absatz 2 des Aufforderungsparagrafes der Aufforderung vom Reichstarifvertrag abweichen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer n. d. i. treffen Sondervereinbarungen im Widerspruch mit dem dem Aufforderungsparagraf entzogenen Inhalt des abgeschlossenen Tarifvertrages rechtswidrig getroffen sind, ist die betreffende Partei gehalten, zunächst auf eine dem Reichstarifvertrag unterliegende, aber dem § 1 Absatz 2 Aufforderung Ergänzung oder Abänderung der Vereinbarung vorzunehmen.

Entscheidung Nr. 38.

Der Deutsche Arbeitgeberbund hat unter bestimmten Fällen bewilligt, daß Vertragsverträge eingetragen werden, ehe ein Tarifschluß besteht.

Zu § 1 Absatz 2 des Aufforderungsparagrafes der Aufforderung vom Reichstarifvertrag abweichen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer n. d. i. treffen Sondervereinbarungen im Widerspruch mit dem dem Aufforderungsparagraf entzogenen Inhalt des abgeschlossenen Tarifvertrages rechtswidrig getroffen sind, ist die betreffende Partei gehalten, zunächst auf eine dem Reichstarifvertrag unterliegende, aber dem § 1 Absatz 2 Aufforderung Ergänzung oder Abänderung der Vereinbarung vorzunehmen.

Entscheidung Nr. 39.

Der Deutsche Arbeitgeberbund hat unter bestimmten Fällen bewilligt, daß Vertragsverträge eingetragen werden, ehe ein Tarifschluß besteht.

Zu § 1 Absatz 2 des Aufforderungsparagrafes der Aufforderung vom Reichstarifvertrag abweichen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer n. d. i. treffen Sondervereinbarungen im Widerspruch mit dem dem Aufforderungsparagraf entzogenen Inhalt des abgeschlossenen Tarifvertrages rechtswidrig getroffen sind, ist die betreffende Partei gehalten, zunächst auf eine dem Reichstarifvertrag unterliegende, aber dem § 1 Absatz 2 Aufforderung Ergänzung oder Abänderung der Vereinbarung vorzunehmen.

Entscheidung Nr. 40.

Der Deutsche Arbeitgeberbund hat unter bestimmten Fällen bewilligt, daß Vertragsverträge eingetragen werden, ehe ein Tarifschluß besteht.

Zu § 1 Absatz 2 des Aufforderungsparagrafes der Aufforderung vom Reichstarifvertrag abweichen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer n. d. i. treffen Sondervereinbarungen im Widerspruch mit dem dem Aufforderungsparagraf entzogenen Inhalt des abgeschlossenen Tarifvertrages rechtswidrig getroffen sind, ist die betreffende Partei gehalten, zunächst auf eine dem Reichstarifvertrag unterliegende, aber dem § 1 Absatz 2 Aufforderung Ergänzung oder Abänderung der Vereinbarung vorzunehmen.

Entscheidung Nr. 41.

Der Deutsche Arbeitgeberbund hat unter bestimmten Fällen bewilligt, daß Vertragsverträge eingetragen werden, ehe ein Tarifschluß besteht.

Zu § 1 Absatz 2 des Aufforderungsparagrafes der Aufforderung vom Reichstarifvertrag abweichen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer n. d. i. treffen Sondervereinbarungen im Widerspruch mit dem dem Aufforderungsparagraf entzogenen Inhalt des abgeschlossenen Tarifvertrages rechtswidrig getroffen sind, ist die betreffende Partei gehalten, zunächst auf eine dem Reichstarifvertrag unterliegende, aber dem § 1 Absatz 2 Aufforderung Ergänzung oder Abänderung der Vereinbarung vorzunehmen.

Entscheidung Nr. 42.

Der Deutsche Arbeitgeberbund hat unter bestimmten Fällen bewilligt, daß Vertragsverträge eingetragen werden, ehe ein Tarifschluß besteht.

Zu § 1 Absatz 2 des Aufforderungsparagrafes der Aufforderung vom Reichstarifvertrag abweichen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer n. d. i. treffen Sondervereinbarungen im Widerspruch mit dem dem Aufforderungsparagraf entzogenen Inhalt des abgeschlossenen Tarifvertrages rechtswidrig getroffen sind, ist die betreffende Partei gehalten, zunächst auf eine dem Reichstarifvertrag unterliegende, aber dem § 1 Absatz 2 Aufforderung Ergänzung oder Abänderung der Vereinbarung vorzunehmen.

Entscheidung Nr. 43.

Der Deutsche Arbeitgeberbund hat unter bestimmten Fällen bewilligt, daß Vertragsverträge eingetragen werden, ehe ein Tarifschluß besteht.

Zu § 1 Absatz 2 des Aufforderungsparagrafes der Aufforderung vom Reichstarifvertrag abweichen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer n. d. i. treffen Sondervereinbarungen im Widerspruch mit dem dem Aufforderungsparagraf entzogenen Inhalt des abgeschlossenen Tarifvertrages rechtswidrig getroffen sind, ist die betreffende Partei gehalten, zunächst auf eine dem Reichstarifvertrag unterliegende, aber dem § 1 Absatz 2 Aufforderung Ergänzung oder Abänderung der Vereinbarung vorzunehmen.

Entscheidung Nr. 44.

Der Deutsche Arbeitgeberbund hat unter bestimmten Fällen bewilligt, daß Vertragsverträge eingetragen werden, ehe ein Tarifschluß besteht.

Zu § 1 Absatz 2 des Aufforderungsparagrafes der Aufforderung vom Reichstarifvertrag abweichen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer n. d. i. treffen Sondervereinbarungen im Widerspruch mit dem dem Aufforderungsparagraf entzogenen Inhalt des abgeschlossenen Tarifvertrages rechtswidrig getroffen sind, ist die betreffende Partei gehalten, zunächst auf eine dem Reichstarifvertrag unterliegende, aber dem § 1 Absatz 2 Aufforderung Ergänzung oder Abänderung der Vereinbarung vorzunehmen.

im Juni 1911 4340 Bauarbeiter als im Hochbau beschäftigt angewiesen waren und im Januar 1912 4164. Am 1. Januar 1912 war der Bauunternehmer, um die Zeitungen und die Geschäftsgänge zu prüfen. Dabei fand er, dass im Hochbau gebrauchte arbeitslos gewordene Hilfsarbeiter im Liegenschaftsbau Arbeit finden, so dass eine bedeutende Erhöhung der Arbeitslosigkeit verhindert wurde. In den Tageszeitungen fand natürlich unter diesen Umständen kein Fortschreiten erzielt werden. Neuauflagen sind zwar 1910 zu verzeichnen, aber die Abgänge sind gering. Die Mitgliederzahl des „Arbeits- und Wirtschaftsrates“ betrug 1910 1000, während sie 1911 auf 1000 stieg. Die beiden mittleren Quartale hatten eine Mitgliedszurkunft von 1883 und 1883 zu verzeichnen. Der Rückgang ist also gegen den Anfang des Jahres 1883, vor dem Weltkrieg mit 105 beträchtlich. Den ganzen Weltkrieg haben somit die Maurer nicht allein zu tragen. Baudelegierte waren 1884 tätig. Es kann leider gezeigt werden, dass bei vielen Mitgliedern keine Unterstützung erfahren haben. Sie musst eine Weltkriegseinheit, die gegen 1914 1000 Mitglieder mit einer Befreiung von Dienst und Ausbildung ausgestattet war.

erzielen. „Zehn oder nie sei der Erfolg sicher!“ war die Lösung. Es kam aus gut Arbeitseinstellung und gutes einen Tag vor den Unterhandlungen im Reichstag gebäude. Weit über das Tieflandgewerbe in Augsburg schon seit 1908 unter den Bertrag fällt, mühten sich die Kollegen fügen. — Ein Vertrag, eine Verkürzung der Zeit, eine stetige Zunahme an Arbeit zu erreichen, schlug fehl. Jedoch war es möglich, eine bessere Ausweitung zu erreichen als unter Maßnahmen, die auf Augsburg und nicht auf die anderen 5-3-Zwischenzähler; ein Kompromiss, der wie er erreicht wurde. Während München 2, 2, 1, 3, Nürnberg 2, 1, 2, 4 für drei Jahre erhielt, blieb Augsburg 2, 3, 3 unverändert. Wie habe also etwas besser abgeschnitten. Die Einzelhändler, die Handelsmäuse und die Beispieler wurden neu in den Bertrag aufgenommen. Wenn auch nicht alle Bünde erfüllt wurden, so kann man immerhin zufrieden sein. Und das um so mehr, als auch bei uns die Störung nicht jene geheißen hat. Nicht wandelbar war die Betriebsvereinigung, die Kollegen zur Einführung in unsern Verband. Repräsentativlich war die Meldung sehr, und mit einer Einschränkung, dass es sich noch am Ende der Ablaufzeit des Bertrags noch den notwendigen Beschluss seien fallen, da der Bertrag des Vorstandes zur Debatte gestellt wurde. Es folgte mit geringer Mehrheit die Abstimmung der Unterföhrung überhaupt. Erst bei der Stellungnahme zum ersten außerordentlichen Verbandsberatung wurde einflinnig die Einführung des Arbeitslosenunterstützung gutgezeigt. Wie die Not der Arbeitslosen Kollegen etwas zu lindern, erfolgte am 23. Dezember aus Mitteln der Losfallfe von der Zahlung einer einmaligen Unterstützung an jene Kollegen, welche die letzten zehn Tage arbeitslos waren. Es handelte sich auf Grund dieses Beschlusses um Mitgliedern im Range des Jahres 1912 folgenden Stimmen an Unterstützung zugute. Die Meinende 1000, die Stärke 177180, an Grubale 200, an Gemeindegrenze 42120, Sterbehilfe 120, auf Gemeindegrenze 66,85 und für Streifenhilfe 1270, für Bedarfshilfe 128,65 und für Streifenhilfe 91,65. So wurden alle 12826,10 um Unterstützung beigebracht. Die Losfallfe hatte eine Gönnahe von M 99 84,65. M 20 675,05 könnten bar abgeführt werden. Die Losfallfe hatte ein wichtigeren Kasenbelang vom Jahre 1912 eine Einnahme von M 10 671,55. Die Ausgaben erreichten die Summe von M 10 671,55. Der Kasenbelang betrug M 20 765,64 gegen M 25 004,00 im Jahre 1912. Am Beitragsdienst sind einschließlich 933 Freizeitglieder, M 71,80 oder im Durchschnitt von jedem Mitglied M 40,07 gefestigt. Der Beitragszins ist nicht erhöht, wie wäre es anders, wenn man Kontrolle an den Arbeitsstellen schwärzen würde. Hier fehlt nunmehr alles. Der Vorstand erlebt keine Gesetze in 18 Sitzungen. Die Schriftführungsamtion mußte jedoch in Aktion treten. Im Briefwechselgebiet wurden 131 Versammlungen abgehalten, bei denen ein Mitglied oder ein Beauftragter des Vorstandes das Referat übernahm. Dies, Kollegen, ist in kurzen Zügen der Bertrag, der unter uns Arbeit. Wir waren rechtlich bemüht, zu erreichen, was gelang aber nicht. Manche Stunfts mußte begrenzt werden. Doch wie alle ein ins neue Jahr mit dem festen Vorstand, treten zu erreichen, dann wird manche Hoffnung über uns gehen.

zweite manövring Hoffnung diese Erfüllung finden.

Büchtele. (Sahesverh. § 1.) Der hiejige Zweigverein will am 11. Januar seine Generalversammlung ab. Die Abrechnung der Postablage ergab eine Einnahme von M. 181,99 und eine Ausgabe von M. 554,92. Daraus blieb ein Räsenbestand von M. 1061,72. Der Wettbewerb stand im letzten Jahr 5578 Beiträge, 57 Eintritte, 144 Arbeitslosen, 15 Kranken- und 628 stolpergängern. Die Abrechnung wurde auf dem zweiten Berichtsmittwoch hier leichtlich an wünschen übertragen. Der Zweigverein war an dem Streit in Schaffhausen beteiligt, der gut für unsere Kollegen endete. Bei der Versammlung wurden die politischen Differenzen in Hornburg und an einem Punkt des Amtshausflügels beigelegt und der bisherige Vorsitzende und der bisherige Kassierer wieder gewählt. An Stelle des bisherigen Schriftführers ist M. Rolle wurde der Kollege Riedmann gewählt. Da wir diesen Herbst vor einer Leistungserhebung stehen, wird den Holländern gegen Verfehlungsbeschwerde und feste Zusammen-

es bis heute noch nicht gekommen, trocknet verstreuteten Fernschreiben mit dem Schreibgerätepapier, stattdessen ließt sie einfach in die eigene Augensicht die Konsequenzen ziehen. Die Verwaltung musste bei Lohnzeitreihenfolgen in den Fällen bei den Unternehmern vorbehaltlich werden. Bei vier Unternehmen wurde die Sache vorbehaltlich geregelt, während es bei einem Unternehmen zu einer fünfjährigen Abrechnung einstieg, um unsere Forderungen zur Anwendung zu bringen. Außerdem stellten die Kollegen bei einem anderen Unternehmen die Arbeit eines Monats der Arbeitszeit aus niedrigen Gründen einer Kollegin bei der Arbeitszeitabrechnung vor. Diese Kollegin erhielt eine Belohnung wegen ihrer Leistung. Gegen diese Regelung der Firma beschwerten sich die Gesellen gegen den § 188 der Firmaordnung, da verschiedene Kollegen nun über eine falsche Anzeige standen. Die Baufortschrittsabrechnung wurde gemeinschaftlich von über 100 Kollegengruppen bearbeitet. Die Einmündung und Ausgabe der Hauptkosten Bilanzen mit § 100-034. Die Losfassabrechnung hat eine Nutzung betragt § 5023,48, die Ausgabe § 2861,14, blieb ein Riesenbetrag von § 2137,34. 23 Kollegen waren am Jahresabschluss mit ihrem Beitrag im Riesenstand. Der Bericht des Bauarbeiterabstimmungsrates ist zu entnehmen, dass die Beauftragung des Bauarbeiterabstimmungsrates noch nie geändert wurde, und das die Kollegengruppe ihr Amt nicht mehr bekleidet werden sollte. Die Berufsschulabteilung bestellte keine Gesellen, sondern Gesellenmeister. Dazu erzielte der Vergleichsleiter einen kurzen Bericht vom Verbundstage. Am Anfang darüber fand eine lebhafte Debatte darüber statt, ob man bei den Unternehmungsmitteilungen die Verhältnisse der arbeiten erledigt werden können. Es wurde beschlossen, am 15. Februar einen Geschäftsführer für den Zweigverein anzustellen. In Abteilungsitzungen sollten 2,3 Pro Woche erhoben werden. Kollegen! Durch diesen Beschluss sind wir einen guten Schritt vorwärts gekommen. Ich hoffe nur, wie alle aufpasst, das er der Regierung zum Segen gereicht!

Glogau. (Sachsen-Weimar.) Am 18. Januar fand unter mägig befürchtete Generalversammlung statt, in der der Quetschal- und der Jahresbericht gegeben wurde. Die Baulichkeit war im Bereichsgebiet schlecht und es mussten viele Kollegen nach auswärts gehen oder in anderen Berufen Beschäftigung suchen. Trotz des schricken Arbeitsmarktes mussten wir im Frühjahr eine Bauarbeiterverhängung. Es wollten einige Unternehmer die neuen Taxifahrer verhindern, aber die unentbehrliche Sperrerei machte sie und die GmbH keine Freuden zu haben. Am 2. August wurde die Abteilung, die sich ganz entmobilisiert, hinzogen, was 28 Mitarbeiter von denen jetzt sehr zum Zweizeitigen übertrafen. 17 Bildungsversammlungen, 20 Vorlesungsabenden und 5 Reinigungsabenden fanden statt. Die Reiniger fanden nichts zu bemängeln. Der Verbandsversammlung beiwohnte hier nicht zu mindesten 100 Personen. Die Mittelstiftung betrug am Jahresabschluß 270,-. Beutzaufnahmen hatten wir 89, zugerechnet waren 55, abgerechnet 85, aus anderen Verbänden übergetreten 2, zum Mittelstift eingegangen 23 und wegen Schulden gekreideten wurden 9 Mitglieder. Bei uns kein Hilfsverein steht es leider nach wie stehlt. Wir haben hier immer noch Grenzen gesetzt und nun sind in den Transportbetriebsverbund, 9 Mitgliedschaften und nun auch in den Werksverein übergetreten, weil ja dort Schleifsteinsammlung erhalten. Gegen Ende des Jahres 85 in diesem Jahr besuchte mich dann dieser Werksrat mit dem Hamburger Verbandsabgeordneten und forderte eine Beitragsmarken wurden 10/12 verbraucht, das mögl durchschnittlich pro Mitglied 37 Marken. An die Hauptstiftung wurden gespendet M 3200,69. Die Einnahme der Befreiungskasse betrug M 4785,88, die Ausgabe M 1184,68, so daß ein Kassenbestand von M 3805,20 verblieb; davon sind auf dem Konto der Bank belegt M 3335,51. Bei der Wahl des Vorstandes wurden den sämtlichen Vorstandsmitgliedern wiedergewählt. Am darauffolgenden Dienstag wurde die Gewerbe gefügt über bestehende Bezirksteilnehmer. Diese wurden erneut in diesem Jahr, das einen Konflikt bringen wird, mit dem Bezirksamt nachgeholten, damit unter Rückgriff auf Mitglieder wieder wettgemacht wird.

Die Bauschuttflöze, so das Verhältnisse gerade des Gegenteil, eine so schlechte Bauträgerfläche wie im verfloßenen Jahre, war jetzt vielen Fächern hier im Riesengebirge nicht mehr. Erstwähn hat sich die Mitgliederzahl des Zweigvereins ständig auf der Höhe des Jahres 1912 gehalten. Während 1912 durchschnittlich 863 Mitglieder hatten, waren es 1913, nachdem die großen Arbeitslosenzeit, noch 882. Am Schluß des zweiten Quartals hatten wir noch 844 Mitglieder. Daben waren wir im Jahre 1914 mit 882 Mitgliedern.

glieder. Dabon sind 502 Mauerer, 5 Bementerer, 40 Blattarbeiter, 3 Stoffstauer und 294 Hirschbarbeiter. Von diesen 844 Kollegen entfallen auf Hirschberg 305 Mauerer, 3 Stoffstauer, 5 Bementerer, 40 Blattarbeiter und 100 Hirschbarbeiter zusammen 594 Kollegen; auf unsre Zehn Schäfleiter zusammen 189 Kollegen, und auf unsrer Zehn Hirschbarbeiter zusammen 183 Kollegen, und auf unsrer Zehn Hirschbarbeiter zusammen 183 Kollegen. Der bei der Tarifbewegung war ein Teil der Kollegen, den das, was die Interessenten ausgeschlossen haben, nicht interessirte, aber es läßt sich nicht bestreiten, daß wir bei einer Tarifverhandlung von 4 und 5 auf die Verhandlung über den Stofftarif immerhin noch gut abgeschulten haben. In unsren Schäfleitern haben wir zum Streit gezwungen, der aber nur vier Tage dauerte, um eine Lohnsteigerung zu erreichen. Die Tarifverhandlung in diesem Jahre, gegenüber früheren Jahren, wie nun durch Streit etwas zu erreichen war, mögliche seien Kollegen durch die Überzeugung bringen, daß nur eine starke und starke Organisation die wirtschaftliche Lage der Mitglieder verbessern kann. Der Bauarbeiterabschluß läßt immer noch zu für einen schönen Abzug. Gerade in diesem Jahre hatten wir eitlige die Abschlußverhandlungen gemacht; jeder mitjährl. führten, um nichts zu verhindern, und durchgeföhrt, sowie für Cummersdorf am 1. März 1913 Polizeiverordnungen, über Arbeitseinsatz an Bauteilen erlassen worden. Wir wünschten nur, daß wir den Begehrden alles getan würden, damit die erlaubten Verhandlungen auch durchgeführt werden. Aber auch hier wird die Abschlußzeit des Begehr. sein, den erlaubten Verhandlungen, bestimmt zu verschaffen. — Für die hon. Jenseit. Poststellen

geführte Jugendorganisation haben wir in unserm zweiten 29 Mitglieder genommen. Beräumungen und Sitzungen finden im Beigebeirat 62 statt. Die Kästen beißnahmen sind wieder gut. Es wurden 18 Eintrittsmarfen verkaufen, an Weitflugsmaßter 92 512, was im Durchschnitt 35 pro Mitglied ausmacht. Die Einnahmen aus dem Spender sind für die Schule 12 125,35,- für den Kindergarten 10 705,10,- für die Feuerwehr 45,50,- für Rechtsanwaltskosten 100,- für die Feuerwehrführung 4 450,- und für Polizei 100,- für die Feuerwehrleitung 60,- Der Losfalle wurden an Projektionen 5 824,45,- überreichen. An die Haushalte konnten 11 294,00,- abgegeben werden. Die Einnahmen der Losfälle, einschließlich des Kästenbestandes von 5 813,41,- trugen an 15 256,17,- die Ausgaben 5 578,97,- somit verbleibt ein Kästenbestand von 9 977,20,- Davor sind im Kontum Verein 9 981,80 angelegt. Heute ist der Beigebeirat aufgebrochen! Wie stehen wir einem neuen Leben? Und diese bringen wird, führen wir nicht mehr mit anderen, darum das Schauspieler und Schauspielerinnen mit anderen zusammen arbeiten, und das Rechtsschutzrecht bei beispielhaften Gewerkschaften zu unterstützen. Das muss uns Grund genug sein, in der Agitation das Werkzeug zu leisten, die noch fehlenden Kollegen der Organisation zu gewinnen. Das ist Pflicht aller Kollegen als Kulturmänner und Männer der Schauspieler. Wir möchten hier auch danken, daß sich jeder Kollege den Beschluß des Landtages zu unterwerfen, also auch die Arbeitslosenabgabung mitzunehmen hat, damit eine genaue Abrechnung über die Arbeitslosigkeit im Braugewerbe genau vorbereitet werden kann. Nur dann wird man spätere Unterschriftenabnahmen vereinfachen können. Also wie jeder jenseits der Kästen und neben sich. Wer sich nicht meldet, wird als nicht arbeitsfähig betrachtet und hat Weisung zu zahlen.

der Zweigverein seine Generalversammlung ab. Aus der Geschäftsbericht für 1913 ist zu entnehmen, daß die Betätigung mittelmäßig war. Im Bereichsläger standen an der großen Bewegung im Tiefland und in der Stuhrbranche hohe Reihenbewegungen statt. Im Tiefland wurde die Produktion durch Verhandlungen mit dem Betriebsrat auf 20 pro Stunde geöffnet. Der Vorher wurde auf 18 Minuten je Arbeitstage von 88 bis 94 erreicht. Dem Tarifabschluß stand hindern im Wege, daß es außer den Unionsarbeitern noch einen großen Teil Tieflandarbeiter gibt, die anderen Verbänden angehören. In der Stuhrbranche wurden Verhandlungen auf gütlichen Wege der Meinungsverschiedenheit nach 10 Monaten beendet. Der Lohn von 62 f. auf 70 f. pro Stunde erhöht. Es fanden 20 Mitgliedschaften und 2 öffentliche Versammlungen statt. Die Abstimmungen waren ebenfalls eindeutig. Die Versammlungsbetrag betrug 167. Die Beratungsarbeiten wurden in 47 Sitzungen erlebt. Es erfolgten 10 Kassenrevisions. Das Jahr 1913 war in vieler Beziehung für unsern Zweigverein bedeutungsvoll und erfolgreich. Das Jahr 1914 eröffnete die Anstellung eines Kolossofes. Am 1. Januar 1914 schlossen sich die Betriebe der Firma Schäfer und Naujokat der Gewerkschaft. Am 14. April 1914 wurde der Parternusclub bestellt. Stand 22.888, davon 219 Arbeitslosen und 160 Krankenrente. Unterstiftung auf Kosten des Hauptvereins wurde für 4.225,25 ausgeschüttet. Die Jahresrechnung der Kolossofe, einschließlich des Stoffenbeamten vom vorigen Jahre, schließt mit einer Gemeintheinkommen bestehende vom vorigen Jahr mit einer Gemeintheinkommen von 20.727,85 und einer Gesamtausgabe von 16.655 f. ab, so daß ein Kolossalenscheinland von 14.174,- f. Jahresüberschuß vorliegen war. Die Mitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 770. Die Situation war trotzdem in der Jugendabteilung sind 18 Mitglieder. In den Vorstand sind die Freunde A. Klups, Rothenberg, G. Ankermann, H. Straub, zu Neubüren die Kollegen Engelmann, Geeser, Waller, Schulte, Weller gewählt worden. Kollege Hermann Waller wurde zum Vorsitzenden gewählt. Die neuen Bestimmungen des Status und forderte die Kollegen auf, im neuem Kreise kräftig zu antreten und mitzuarbeiten, um dem weiteren Aufbau und der innern Tätigkeit von der Jugend einen Beitrag zu leisten.

Abweichen. (Jahresbericht) Der Zweigverein hielt am 18. Januar seine Generalversammlung ab, in der neben der Neuregelung des Zweigvereinsstatutes und der Feststellung des Volksbeitrages vom Verband die Jahresrechnung erzielter Volksbeiträge aufgestellt wurde. Beurteilt hat er diesen Volksauftrag von 20,4 pro Tag als ausreichend für das ganze Jahr zu erhalten. Begründet wurde dies durch den maßgeblichen Nachweis, daß die Arbeitslosenunterstützung bei gleichem Budget mit einer Beitragsabschöpfung von 25 % geringer habe, als es für die Arbeitslosenfrage von Postleitzahl gewesen wäre. Nachdem die übrigen Zweigvereine der Arbeitslosenfürsorge, in denen unser Zahn teilweise höher sei als hier, befreiflossen hätten, so wurde darauf einstimmig beschlossen, den Beitrag für gefeierte Arbeiter auf 80,4 für ungelernte auf 80,4 festzulegen. Die 20,4 Volksbeitrag für 32 Wochen neben dem Arbeitslosenbeitrags von 5,5 auf 1,50 beim ersten, 1,50 im zweiten und 1,50 beim dritten Eintritt festgesetzt. Wegen Zuwachs geprägt wurde, bezüglich Beiderenttität, der Beitrag des Eintrittsbeitrags auf 100,00, wobei der Jahresbeitrag, den Walter Schmidt gab, war zu unterschreiben. Das Vorläufige ist nun eingetragen. Jetzt soll es in den Vereinssatzungen festgehalten werden. Nur in einigen Orten wurden noch schwierige Verhandlungen über die Abrechnung mit dem Landkreis und der Kreisstadt stattgefunden. Ebenso sind und Altena. Die schlechte Bonitätslage und der damit verbundene Mitgliedsverlust verhindert sich besonders im Westen und bewirkt, daß man in Westfalen zirka 9000 Mark weniger einzahlt als in der Ostzone. Deutlich mehr waren 20,4 bezahlt, als in der Ostzone, also 1912, Einschluß und Auszahlung der Rentensteuer, stellt sich auf 16,14,50. Die Abnahme der Rentensteuer ist nicht bis 1912, sondern erst 1912, M. 31,11, die lateinische R. 1912, 70, in der Postleitzahl einen Zuwachs von 6,20 auf 12,20, was eine Beitragsabschöpfung von 25 % bedeutet. Die Arbeitslosenfürsorge ist im Jahre 1911 nur 1,27, während sie im zweiten Quartal 1912 auf 1,80, zu 100,00, gestiegen ist.

der Agitation ließ sehr zu wünschen übrig, obwohl eine ganze Anzahl recht befähigter Kollegen vorhanden waren. Die Arbeit lasst leider immer nur auf einigen Kollegen. Die meisten Kollegen legen die Hände in den Schöf und werden nur mutiger, wenn sie von den Unternehmern bestärkt werden. Die Kämpfen bewegen konnten bei uns nicht ohne Stumpf werden. Wenn man allgemein gehofft hätte, daß die Unternehmungen wenige, was die Sache für uns brachte, durchführen würden, so haben sich die Kollegen in Altena und Reinerz sehr dafür eingesetzt. In Altena habe es erst einer Sparte über den Unternehmer Eismann und in Reinerz gegenlogog einen fünfmonatigen Streit, um dem Schiedsgericht Anerkennung zu verschaffen. Der Zweigvereinsvorstand hat sich im Weihnachtsjahr bemüht, auch für die Stoffseute geordnete Verhältnisse zu schaffen. Leider scheiterten alle Versuche an der Unzufriedenheit dieser Kollegen. Eine gewöhnliche Amtsgesetzgebung ist diesen Leuten lieber als gesetzliche Amtsgesetzgebung. — Der Bauarbeiterkampf, der in den Sommermonaten sehr dankbarerliegt, hat durch ungünstige Agitation in den Städten eine weitere Förderung erfahren. Im Lüdenscheid ist eine neue Verordnung erschienen, die einige Verbesserungen bringt. Am Jahresabschluß haben uns die Büdenschäfer Unternehmen noch mit einer besonderen Überprüfung begleitet. Sie beantragten, anstatt der vom 1. Januar 1914 an einzuführenden achtjährigen Lohnabgabung die vierzehnjährige Beobachtungs- und den Vierjahreszeitraum zu verlängern. Der ersten Antrag zogen die Unternehmer wieder zurück, der zweite wurde von den Mitgliederversammlungen abgelehnt. Daraus haben uns die Unternehmer weiter nichts, ob es aus dem Vertrag austreten würden. Nun, und kann es recht sein; denn auch und schon lange einige Bestimmungen des Vertrages nicht.

Märkburg. Die am 11. Januar abgeholte Generalversammlung des Zweigvereins war sehr gut besucht. Aus dem Jahresbericht des Kollegen Henner war zu erkennen, daß die Bautätigkeit im letzten Jahre gut verlaufen ist. Darum kommt auch der achtjährige Kampf mit Erfolg beendet werden. Obgleich die Stimmung der Kollegen nach dem Erholungsurlaub sehr schwach war, so ist doch heute die Erkenntnis, welche Arbeit erbracht, daß wir wieder einen tüchtigen Schritt vorwärts gesetzen sind. Der Kollege Kentens sprach den Wunsch aus, daß der abgeschlossene Vertrag auch durchgeführt werden möge. Er ist vom jedoch ausnahmsmäßig einige organisierte Städte, welche Arbeitsmarktforschungen könnten mit Leuten, die ihnen kein Sample in den Rüden stießen und die einer Anzahl Kollegen in den Heiligtumsverhältnissen haben. Jeder Kollege müßte sich doch fragen, ob er es nicht seiner eigenen Ehre schädigt, mit diesen Juden keinen Vertrag zu haben. Die Kollegen müßten auch in unserem Zweigvereinsgebiet dafür sorgen, daß wir vorwärts kommen. — Den Büdenschäfer gab der Kollege Broos. Für die Hauptstädte wurde nicht ausreichend eingetragen. Am Jahresabschluß hatten wir 21 Mitglieder, Vorstand und der Kassierer wurden wieder gewählt. Eine reine Debatte, die sich höchst zur Zufriedenheit der Kollegen beendet wurde, entspann sich über die Arbeitslosenunterstützung.

Münster. Am 4. Januar fand hier eine Mitgliederversammlung statt, die der Tagessordnung folgte. 1. Abrechnung vom vierten Quartal 1913. 2. Jahresabrechnung. 3. Vorstandswahl. 4. Vereinsabrechnung. Wir hatten am Ende des Jahres 1913 121 Mitglieder. Die Gründnahmen der Lofatlosse betragen $\text{M} 787,22$, die Ausgaben $\text{M} 524,86$; somit blieben in der Lofatlosse $\text{M} 264,36$. Der Vorstand wies darauf hin, daß der Zweigverein über zehn Jahre besteht. Danach sei es mit dem Aufenthaltsrecht sehr schlecht bestellt. Der bisherige Vorstand und der Kassierer wurden wieder gewählt. Vom Vorstand wurde dann darauf aufmerksam gemacht, daß die in Arbeit stehenden Kollegen bereits vom 1. Januar an Beiträge beglichen müßten, und daß die Beitragsabrechnung für uns $\text{M} 20$ pro Stück betrage. An den sehr lebhaften Diskussionen beteiligten sich die Kollegen, wobei ihnen die Beiträge für die hiesigen Verhältnisse zu hoch vorkommen, da der Stundenlohn nur $\text{M} 56$ beträgt. Nachdem sich daraus hingestellt wurde, daß sich nach den Beiträgen $\text{M} 20$ der Rest auf $\text{M} 4$ beläuft, so mußten die Beiträger richten, gaben sich die Kollegen auf und zogen zu verschmelzen. Zum Vorstand und der Kassierer wurden gewählt. Sie sind nun gewillt, den Vorstand nach bestem Wissen und Conscience zu unterstützen und sie hoffen auch, in Zukunft die Lofatlosse so zu stärken, daß der Zweigverein allein weiterbestehen kann.

Wofür. Wir haben jetzt ein neues Feindbild bekommen, die sich „Zentrum“ nennen. Es ist dies die Zeitung jener Vereinigung, die sich P. S. über Politisch-fokaldemokratische Partei nennt. Befremdlich kreist die P. S. seit einiger Zeit einen Teil in die politische Arbeiterbewegung Oberschlesiens, den sie aus nach dem hiesigen Verhältnissen Industriegebiet hinüberzuführen bestrebt. Ich kann mir aber nun nicht mit der Arbeiterschaftspolitik auf politischer Gebiet, sondern sie muß auch die Gewerkschaften geschützen, um der Gelteth eines nationalsozialistischen Gewerbegeistes zu genügen. Das ist mit ihrer Zersetzung einer Verantwortung, der Arbeiterschaft beigegeben, scheint diese Leute nicht weiter zu führen. Vielleicht ist es Absicht. Unter schweren Opfern haben es die Gewerkschaften dahin gebracht, daß man nach Fahrzeughallen voll Mühe und Arbeit von einer Arbeiterbewegung in den politischen Landesteilen Preußens freuden kann. Und ausgerechnet eine Zeit, in der das Proletariat alle seine Kräfte gegen seine kapitalistischen Feinde braucht, benutzt die P. S. zum Friedenskrieg. Wenn sie es auf Bestellung der Arbeiterschaften lädt, könnte sie es nicht gefährlich machen. Doch wir mit unserer Meinung auf dem ersten Wege sind, ebenfalls folgend in den letzten Tagen verdeckte Gefahr zu erwarten. Doch vielen Jahren bin ich in der Freundschaft der P. S. und mit ihr aufgestanden. Ich habe geglaubt, daß durch die P. S. den politisch-spezifischen Proletariat schneller für den Sozialismus gewonnen werden könnte. Doch dieser Blaube war irgendeiner Art, zwar habe ich auf dem Parteitag der P. S. in Trierweiler aufgestanden, stark zu werden. Es fehlt die Versammlungen,

unter dem Druck der Verhältnisse, für den politischen und gewerkschaftlichen Separatismus geltend. Von nun an ist Tag aber ist mir immer klarer geworden, daß das die glückliche Handlung meines Lebens war. Ich habe mich überzeugt, daß diese Gründung mir den Schatz eines neuen Berufes bringt und die gewerkschaftliche wie politische Arbeitserneuerung fördern soll. Ich sehe mich deshalb gewünscht, mein Vorstandsvorstand als Kassierer niedergeladen, aus der P. S. auszutreten und alle Kräfte vor dem politischen und gewerkschaftlichen Separatismus zu verwenden. Ich fordere alle Arbeiter auf, die noch folgen! Polowitz, den 22. Januar 1914. Emanuel Guttmann.

Diese Erklärung ist recht interessant, und ich kann sie an persönlicher Kenntnis der Dinge, das es hier bei der Gründung der separatischen Gewerkschaft nicht um die Vertheidigung einer Sache, einer Idee handelt, sondern um die Befreiung der persönlichen Ehregeiz einzelner Personen. Guttmann sah im Vorstand, wo die separatischen Pläne gescheitert würden und weiß es darum genau.

Dies macht seine Erklärung wertvoll. Wie wir bestimmt werden, davon ein kleines Beispiel. Am 22. Januar schrieb

der „Dienstmann Polowitz“: Die Angst vor der P. S. und den gewerkschaftlichen Organisationen in den Deutschländern ist die größte Furcht dieser Kollegen. Sie beklagen in die Gewerkschaften.

Die Arbeitslosenunterstützung und die Ausführungsbestimmungen des Status enthalten vieles, worüber unsere Kollegen der Ausklärung bedürfen!

Sensburg. (Jahresbericht) Am 11. Januar lagte die Generalversammlung des Zweigvereins. Über den ersten Punkt der Tagessordnung „Die Erwerbslosenunterstützung“ sprach Kollege Lübbing. Er führte seinen Bericht den Kollegen vor Augen, wie notwendig gerade solche Unterstützung für unsere Mitglieder wäre. Außerdem sprach die Arbeiterschaft sich gegen das den Arbeitern ausreichende Unterstützungsmaß ein. Es schien keine Bedeutung, daß sie sich Organisationen fünf.

Wie die Organisationen, besonders die Bauarbeiterorganisationen in ihren Anfangen an ihren niedrigen Beiträgen krankten und nicht recht vorwärts kamen, wie sie durch die Erhöhung ihrer Beiträge und die Einführung verschiedener Unterstützungsgrundsätze ein Stützpunkt zunahmen, bis sie zu ihrer heutigen Höhe gelangten. Wenn es auch nicht immer wie nach der Rückkehrung gegangen ist, so haben doch die Unterstützungsrichtungen ein gut Teil dazu beigetragen, daß unsere Organisationen bedeutend an innerer Stärke gewonnen haben.

Wie die Organisationen, besonders die leicht Unterstützungsseinrichtung wird doch trotzdem sehr große Mitgliedszahlen immer stabiler werden und die große Mitgliedszahl kann nicht aufgehalten werden. Als Kollege Boeckeler über den zu zahlreichen Beiträgen von $\text{M} 4$ für Maurer und $\text{M} 5$ für Offiziersleiter abstimmen ließ, erklärten sich fast alle Anwesenden dafür.

Wenn uns auch bei jeder Neuerung, die im Verband eingeführt wird, Mitglieder verloren gehen, so sind das doch Mitglieder namens Boeckeler hergekommen, seit der an der Neugründung des polnischen Centralverbundes teil-

genommen habe. Er kann bei den heutigen Beratungen nicht erkannt werden und daher für sie nichts übrig haben, mag der Beitrag auch noch so niedrig sein. Aber an allen Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiet nehmen sie an.

Boeckeler erklärte, daß das Mitgliedsbeitrag sein Eigentum sei und er für die Beamtung nicht mehr verantworten kann. Er trat von der Beamtung zurück und erfolgte dann der Beitrag von $\text{M} 4$ für Maurer und $\text{M} 5$ für Offiziersleiter.

Es machte bestellt, daß sie nicht erkannt werden, ob die Wichtigkeit der Organisation noch nicht erkannt werden und daher für sie nichts übrig haben, mag der Beitrag auch noch so niedrig sein. Aber an allen Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiet nehmen sie an.

Wie Boeckeler auf die Beamtung Rücksicht nahm, so folgten weitere Beiträge, und das die Gewerkschaften ein-

schlossen. Er trat von der Beamtung zurück und erfolgte dann der Beitrag von $\text{M} 4$ für Maurer und $\text{M} 5$ für Offiziersleiter.

Er machte bestellt, daß die Gewerkschaft durch die Mehrarbeit, die jetzt noch durch die Arbeitslosenunterstützung entstanden ist, nicht von den in Arbeit stehenden Kollegen bestohlt werden können. Im Prinzip stimmte die Versammlung zu. Wegen der vorigerufenen Stunde wurde die Versammlung vertagt. — Am Sonnabend, 17. Januar, wurde über diese Frage abgestimmt. Einige Kollegen meinten, es ginge auch ohne einen angefeindeten Kollegen. Es sei wichtig, die Gruppe nicht anzuflammen. Es stimmen alle Konferenzteilnehmer der Auftellung zu. In der Versammlung am 17. Januar erklärte Boeckeler den Jahresbericht. Am Jahresabschluß hatten wir 160 Mitglieder. Angetreten wurden an die Mitglieder 3196 Marken. Beauftragt wurden an die Mitglieder 2196 Marken verbraucht. Die Hauptstädte hatte eine Einnahme von $\text{M} 1167,00$. Die Lofatlosse hatte eine Einnahme von $\text{M} 555,42$ und eine Beitragsabrechnung von $\text{M} 279,60$. Es lagen 17 Mitgliederversammlungen vor, die sich seit dem Vorsteher ihrer Zeitung um die moderne Arbeiterschaft beworben zu kümmern, sonst würde sie wissen, daß mindestens keine Sache davon sein kann, die deutschen Gewerkschaften könnten mit politischem Gelde herum. Vielleicht könnte man von früheren Zeiten eher das Gegenteil behaupten. Zur übrigen bedauern wir die Arbeiterschaftsplattierung auf die Stelle. Aber wenn außer den zwei polnisch-nationalen Parteien, dann das ist in Wirklichkeit auch die P. S. und die D. P. ein Duktag entstanden, so soll und das nicht abhalten unter einer Organisation stellt der Grundstein der Geschäftsführung dar, die wir drei Dritten und vierten Quartal organisieren. Wir in allem können wir zufrieden sein. Wir haben trotz der sehr schlechten Konjunktur in unserem Zweigvereinsgebiet unsere Mitgliedszahl verdreifachen können. Wir sind ein gutes Stück vorwärts gekommen, trotzdem noch vieles zu wünschen bleibt. Besonders haben wir noch ein großes Arbeitsfeld, wenn wir alle Hilfsarbeiter organisieren wollen, damit auch für diese Arbeiterschaft gründliche Arbeitsbeschaffung eintrete. Daraus fordern wir die Kollegen Sensburg auf, nicht müdig hinter dem Ofen zu sitzen, sondern mitzuarbeiten an dem Ausbau unserer Organisation.

Bernd. (Jahresbericht) In einer am 16. Januar abgehaltenen möglichst beschworenen Generalversammlung wurde der Jahresbericht eröffnet. Die in der zweiten Hälfte des Jahres 1912 eingetretene schlechte Kaufaufjuntur verschlechterte sich noch bis zum Herbst 1913. Um recht vielen Möglichkeiten, die wir uns zu geben, sich in anderen Orten Etwas zu suchen, wurde in den Monaten Mai und Juni den abreisenden Kollegen aus der Lofatlosse ein Attest geliefert bis $\text{M} 9$ gewährt. Die außergewöhnliche Kälte hat auch auf die Arbeiterschaftsplattierung ungünstig ein gewirkt. Am Jahresabschluß betrug am Schlusse des Jahres 1912 $\text{M} 842$ und am 1. Januar 1913 $\text{M} 340$ Hilfsarbeiter, von denen 29 Stoffarbeiter, 8 Fleißer und 12 Geschäftsführer mitgewirkt haben. Die Einnahme aus der Gewerkschaftsbilanzierung mit $\text{M} 195,94$, Krankenunterstützung wurde unser Kollegen für 9983 Krankheitsstage im Betrage von $\text{M} 5654,35$ gezahlt. Die Sterbehilfe betrug $\text{M} 27,88$. Der Sterbehilfesatz $\text{M} 120$. Es sind 2788 Beitragsmarken verbraucht worden. Der Fortzug vieler Kollegen und die ungewöhnlich große Zahl der verlaufenen Arbeitslosenmarken $\text{M} 654$ Stück, hauptsache auf die Lofatlosse eine nachteilige Wirkung. 3900 Kollegen waren abgetreten, die den ganzen Sommer in anderen Zweigvereinen ihrer Beitragsabrechnung gewesen. Die Einnahme der Lofatlosse betrug demnach eine Ausgabe von $\text{M} 260,00$ gegenüber, so daß am Jahresabschluß ein Haushaltssatz von $\text{M} 522,47$ verblieben ist. Im Berichtsjahr wurden Möglichkeiten, die wir uns zu geben, sich in anderen Orten Etwas zu suchen, gegeben. Es wurde gegen $\text{M} 1912,15$ $\text{M} 1913,37$ $\text{M} 1914,40$ $\text{M} 15$ gelangt, mit der Firma Anders in Schwercow einen Vertrag abzuschließen. Da jedoch in dem Orte zwei Klubhäuser vom Vertragsgegenstand wüssten, so wird es Ansage unserer Kollegen sein zusammenzuhalten, um auch die zu einem Vertragsvertrag zu kommen. Gerner hat einen guten Bauvertrag verhängt, von denen eine angemessene Menge beigeklagt wurde. Außerdem sind noch eine Reihe Differenzen bei verschiedenen Unternehmen geschlossen worden. Bei der Jahresabschlußgesprächsverhandlungen mit den Unternehmen brachten und endlich einen Attest für die P. S. mit unschönen Bezeichnungen. In dem Willen aller Kollegen wird es liegen, die darin getroffenen Bestimmungen einzuhalten, damit endlich der Kaufabdruck ein Ende genaht wird. Am verlorenen Jahre fanden insgesamt 100 Versammlungen und 21 Sitzungen statt. Der bisherige Vorstand wurde wieder gewählt. Nur die Neuwahlen der Kärteldelegierten wurden neu gewählt. Kollegenten! Erfreue ich mich im neuen Jahre sehr feinstlich in der Mitgliedschaft und weise alle Organisationsgesplittete auf! Die Verbindung der Arbeiterschaften ist sehr schwach, aber ich kann mich nicht auf dem Parteitag der P. S. in Trierweiler aufgestanden, stark zu werden. Es fehlt die Versammlungen,

Meine Mitteilungen aus den Zweigvereinen und Sektionen.

Der Zweigvereinsvorstand von Angerburg i. Br. teilte mit, daß dort eine gute Kaufaufjuntur zu erwarten ist. Es macht deshalb bekannt, daß in Angerburg nur derartig organisierte Kollegen in gutem Ansehen stehen, die keine Märsche haben. Kollegen, die sich in ihren letzten Aufenthaltsort nicht beim Zweigvereinsvorstand abmeldeten und die sich in Angerburg erst zu Almendingen drängen lassen, die nur nach außen hin als Verbandsmitglieder gebeten werden und die im Innern ihres Hergens Negrier der Organisation waren, lernen die Angerburger Kollegen im laufenden Jahr kennen. Sie haben

Vom Bau.

Reichstag, Bundesrat und Bauarbeiterstreik

Seit vielen Jahren fordern die gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter die reichsrechtliche Regelung des Bauarbeiter schutzes, um den vielen Mißständen und Gefahren entgegenzuwirken, denen die Bauarbeiterchaft heute immer noch ausgesetzt ist. Diese Wünsche sind von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Parlament auch immer vertreten worden, aber bis heute hatte der Reichstag für diese Wünsche noch kein Verständnis. In den Jahren 1907, 1910 und 1913 hatten die Sozialdemokraten (Ulrich und Genossen) folgende Reformation eingebrochen:

Der Reichstag wolle beschließen: Die verbindlichen Regelungen zu erläutern, den Reichstag baldigst eine Gesetzesentwurf vorgelegen, wonach die für die Sicherheit der Bauausführungen und zum Schutz der Arbeiter notwendigen Befehlsrichtlinien durch ein Reichsgesetz einheitlich geregelt werden.

angenommen oder abgelehnt sei. Bei der Gegenprobe wurde dann die Ablehnung festgestellt. Dagegen nahm der Reichstag 1907, 1910 und 1913 eine Resolution Schröder und Genossen an, die verhinderten Regierungen zu erlauben.

- geschriften wird, daß besondere Beamte auf die Baukontrolle (§ 139b) in genügender Zahl angestellt und gewohnte Vertreter der Arbeitnehmer bei der Kontrolle zuwohnen werden.

 2. Arbeitgeber und zum Schutze der Bauarbeiter auf Grund § 139d der Gewerbeordnung zu erläutern.
 3. Zur Sicherung einer zweckmäßigen Gestaltung der Vorführten sub 1 und 2 vor Erlass derselben bestimmten Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter besonderer Berücksichtigung des beständigen gesetzlichen Vertretungs (Gesandtsämlernen, Innungsvereine, Gelehrtenausschüssen usw.) Gelegenheit zu gutachterliche Ausarbeitung zu geben.

Dreimal ist diese Resolution des Reichstages seit 1907 vom Bundesrat abgelehnt worden, obwohl es doch wahrlich nichts Unförderliches an sich hat. Die deutschen Bauarbeiter aber haben aus ihrem letzten Bauarbeiterkongress erneut ihre alten Forderungen erhoben. Sie dürfen und werden nicht ruhen und ratzen, bis die Forderungen erfüllt sind; denn es handelt sich bei dieser Frage um ihr bestmögliches Gut: um ihr Leben und ihre Gesundheit.

Gresfeld. Am 20. Januar starb der Maurermeister Hanrath aus Waldhausen bei einer Reparaturarbeit so unglücklich von einer Holzfäuse, dass er sich eine Gehirnerschütterung zuzog, die den Tod zur Folge hatte.

zuge, von den 150 für große Hölle. Enden. Ein bedeutsamer Unfall ereignete sich am 10. Februar, als dem, an der Pettemer Straße belegenen Neubau der Bäckermeisterin Anna Winkel die Arbeit wird ausgeübt von dem Unternehmer H. Stöber Enden. Der dort beschäftigte, verheiratete Bäckermeister Johann Albrecht in Mönche möchte, rückte auf der Stiege aus, als er plötzlich fast aus einer Höhe von 7 m auf das Klopfholz stieß. Er fiel so ungelenk auf einen dort liegenden Tisch, daß er eine schwere Verletzung der Wirbelsäule und außerdem eine schwere Kopfverletzung davontrug. Der Schwererkrankte wurde mittels Straßenwagen nach dem städtischen Krankenhaus gebracht, wo er an seinen schweren Hirnverletzungen starb.

Erfurt. Am Neubau der Lutherhörschule, bauausführender Maurermeister M. Grob, wurde am 12. Januar ein Arbeiter, der an einem Motorauflieger mit dem Transportieren von Wäschestücken beschäftigt war, durch einen aus 12 m Höhe herabstürzenden Stahl auf den Kopf getroffen. Die Verleihung war derart, daß sich seine Überführung ins Krankenhaus notwendig machte. Auch zweizielt der die erste Hilfe leistende Arzt an der Erhaltung des Lebens. Wie aber nunmehr

angenommen wird, scheint Lebensgefahr nicht mehr zu bestehen.
Halle a. S. (Die fällige Submissionssbst.) Die Herstellung von Eisenbetonbögen zwischen den Querträgern des eisernen Ueberbaues über den Bahnhof Halle, im Zuge der Berliner Straße, ist im Wege der östlichen Ausführung vorgenommen worden.

lichen Auszeichnung vergeben worden. Von 26 Firmen waren Angebote eingegangen. Für die Herstellung der Arbeit verlangte die Thüringer Baumgesellschaft in Coburg 46.21.632,80 und Fr. Münze in Rothenburg M. 63.400. Zwischen diesen beiden Summen bewegen sich die Forderungen der andern Firmen in stetig reziproker Abstufung, so daß es als ein reines Zufall erscheint, daß der Unterhändler nicht

noch größer ist als 200 pft. Man stände bei diesen Rechnungs-ergebnissen vor einem Rätsel, wenn man nicht die geschäftliche Verhältnisse eines Unternehmens kennte.

Wölfe. Die Truppenübungsplätze Ohrdruf bot den Bauarbeitern in den letzten Jahren eine ganz angenehme Konjunktur. Hauptfördlich während des Winters war die Bauarbeiterfahrt sehr rege; auch dieser Winter. Die Arbeitserlöse werden fast ausschließlich von den beiden bekannten Firmen Künze & Co. aus Hannover und Max Müller aus Hannover ausgeschüttet. Beide Firmen stehen seit Beginn der Arbeit am Bergbauverhältnis mit dem chemischen Maurererverband und dem zugehörigen Bauarbeiterverband. Bei einigen guten Willen der Unternehmen möchte ein friedliches Verhältnis mit den lahmgedrückten Bauarbeitern möglich sein; aber weit gefehlt! seit Februar dieses Jahres regt sich die Unzufriedenheit bei den Firma Künze nicht mehr, daß nun endlich deren Ursachen der Öffentlichkeit mittheilt werden müssen. Da hat schon mehrmals kleine Zusammenstöße bei beiden Firmen gegeben. Die letzten Vorfälle bei der ergangenen Firma sind hierauf zurückzuführen, durch das Verhalten der Polizei, die sich neben einer feindseligen Behandlung der Arbeitnehmer, auch noch ergriffen. Sie verhinderten, daß

ihnen des öteren die Wahrheit sagten, mittels alter möglichen Schlägen aus dem Arbeitsverhältnis zu bringen. Dabei wechselte die Polizei bei der Firma häufig wie in einem Laubengang; nicht weniger als zwölf haben für ihre Dienste in diesen vierzehn Jahren Arbeit erhalten. Der jetzt noch amwesende, Baum aus Kupferdrähten, läuft es sich beiderseits angelegen sein, mit den Verbretern in möglichst schroffen Ton zu verfehlern.

bietet auch ab und zu seine ausgerührten Kräfte feil und hofft, dass die zahle erl ein einem Hilfsarbeiter einen Befehl ins Gesetz bringen. Die fändige Steigerung der Anstreuer läuft vereinzelt, mufet, das jedem Polier seinen Worgänger übertrumpfen will, obwohl noch keine, dass eine Lebenssteigerung gezeichnet habe. Der jetzige Polier befand es gleich am Anfang seiner Laufbahn, dass er sich auf den Hilfsarbeiter, den vorlitzigen Sündenbock, umzustellen habe. Er reduzierte, bei der ersten Durchreise, die Zahl der Untersuchungen des Betriebs vor, ließ aber erst nach mechanischen entstehen, die er nicht bearbeitete. Er findet, dass die Bauarbeiten strohigen Juwelen von Schmutz sind, die man nicht schälen kann, sondern zuschaben, find nicht zug- und austauschbar; werden sie nicht mehr heißbar; werden sie gebrochen, so ist die Welle voll Qualen, so dass den Arbeiter die Augen veräscheln werden. Die Unfallverhütungswortheit wurde erst ausgeschlagen, wenn ein Kontrollreiter angemeldet war. Mit dem Aborten ist es nicht besser. Aber an all diese Missständen haben unsere Kollegen einen großen Teil Schuld. Sie forderten nicht einmal, dass es Geleg für sie vorliege. Es gilt nicht allein, dass Missstände abzuheben und den Uebergriffen der Leid, die gegenangemessen; es gilt auch, den Zorn den Aufrechten, den Verteidigern, glaubhaft zu machen. Das werden nicht mit allen unsrer Arbeitern, nicht, wenn sie sich nicht gegen uns stellen.

sollen nicht wähnen, den brennenden Wünschen der Arbeiter mit Schlägen und Brutalitäten begegnen zu können. Es soll nach erhöht werden, daß wegen der Nichtbeachtung der Gefahr eine Belohnung an die Verantwortungslosigkeit eingesetzt werden soll, die über alle Spuren von Unterstellung gezeigt wird. Wir müssen daher immer wieder mit Nachdruck eine durchgreifende Baukontrolle durch Arbeiter und Beamte aus dem Bauhaus fordern.

Dresden, den 11. Februar 1911

Die Kreisbaumeisterhaften.
Das Ministerium des Innern hat aus dem Vorjahr
die ihm auf die Verordnung vom 28. August 1910 485 a 5935
D. K. erachtet worden sind, ersehen, sowohl im
Hin aufgestellten Grundzüge für Polizeiverordnungen,
betreffend den Reiterschutz auf Bauten, als auch die nach
ihrer Anleitung erlassenen örtlichen Polizeiverordnungen
im allgemeinen den derzeitigen Verhältnissen
genügen und doch nur vereinzelt folgende, im nachstehenden
zusammengefaßte Ergänzungen und Abänderungen ge-
wünscht werden:
I. Unterstandsräume sollen nicht erst dann ausgerichtet

- Unterflurräume sollen nicht erst dann gefordert werden können, wenn mindestens geb. Personen beschäftigt sind, auf den ersten 15. Okt. für die Räume der Unterflurräume.
 - Die Räume der Unterflurräume sollen — was dies Grundlage nicht besonders vorschreibt — weiter bestehen oder aus gemauerten Fachwänden hergestellt werden.
 - Das Innere der Unterflurräume soll nicht bloß wie die Grundläge besagen, auf besondere Erfordernisse der Polizeibehörde vom 15. Oktober 15. März beisbar sein, sondern auch anberhalb dieser Zeit, falls die Temperaturverhältnisse es verlangen, oben genannte Vorrichtungen zum Schutze des Spielraums einzuführen. Die Räume der Unterflurräume — außer mit Türen, verschliebbaren Kleiderablagen, Waschgelegenheiten und Spülwannen versehen sein.
 - Für die Arbeiter soll einwandfreies, ausreichendes Trinkwasser und für die ersten Hilfesätze bei Unfällen ein Verbandkasten im Unterflurraum bereitstehen.
 - Die Vorrichtungen über den Arbeitserschub sind neben der Aufzählerstellung vorzuhören auszuführen.
 - Es ist zu fordern, dass in jedem Unterrichtsräume eine Abtheilung für erkrankte Personen und ein Abort nicht erst auf 10 sondern schon auf 10 Personen gerechnet werden. Außerdem sind besondere Bänklagen vorzusehen. Die Abote sollen für die verschiedenen Geschlechter getrennt sein.
 - Große Türen sollen nach begrenzten, näher bezeichneten Vorrichtungen errichtet werden.
 - Von Türen, an denen eben als 50 Personen beschäftigt sind, soll über die in den Grundlagen enthaltenen Vorrichtungen hinausgegangen werden.
 - Die Zeit, während der Töpfearbeiten usw. in Neu- und nur bei beschädigten Türen und Fenstern vertrieben werden darf, soll nicht erst am 15. November, sondern schon am 15. Oktober beginnen.
 - Unterflurräume sollen in Kellern und an solchen Orten, die nicht gegen herabfallende Gegenstände geschützt sind, also namentlich unter Bäumen, ausgeschlossen sein und nicht bloß für die eigentlichen Bauarbeiter (Maurer, Zimmerer), sondern auch für die Innenarbeiter (Schlosser, Schäfer, Maler) vorgeschrieben werden.
 - Fachwände sollen (wie theoretisch) ganz verboten sein. Wenn man auch diese Mönche im großen und ganzen zu schützen weiß, so kann man sie doch nicht auf die Weise schützen, dass man sie verhindert, dass sie sich in den Unterrichtsräumen aufzuhalten.

Teil schon in den Unfallverhütungsvorschriften verbindlich festgesetzt, teils geben sie über den den Bauwesen und Betrieb, aber geltenden Code von Leben, Gesundheit und Sicherheit hinweg, teils sind sie auf Betriebsfähigkeit nur nach örtlichen Gegebenheiten und Bedürfnissen oder nur von Fall zu Fall beamtenamtlich. Eingehend sind hier und die schon in den örtlichen Polizeiverordnungen berücksichtigt worden.

Das Ministerium des Innern findet hieraus keinen ausdrücklichen Anlaß, seine oben erwähnten Grundgedanken, die ja nur eine Anleitung geben und ihre Umsetzung auf besondere Verhältnisse freien Spielraum lassen wollen, einer entsprechenden Abänderung und Ergänzung zu unterziehen; oder eine solche bezüglich der hieraus erzielbaren örtlichen Polizeiverordnungen allgemein anzunehmen, sondern überläßt es zunächst den betreffenden, hieraus zu verständigenden Behörden, ihre den Arbeitserfolg bei Bauten behandelnden Verordnungen je nach den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen selbst nach der einen oder anderen Richtung hin abzuändern oder zu ergänzen.

Dann ist das Ministerium des Innern aus dem ihm erliegenden Weisungsbefehl, die *W e i s u n g* zur *Verfügung* des Schiedsgerichtes bei Bauten voran in den größeren Städten und vielleicht hier und da auch in einigen größeren Landgemeinden heranzutreten, um die Ausführungen entsprechend, doch sie über im übrigen unverändert, so zu wünschen übergehn läßt, als es oft den mit der Aufsicht betrauten Organen (Baupräsidenten, Bürgermeistern, Gemeindevorstände, Mitgliedern von Bauausschüssen, Ortsbeauftragten, Beauftragten, Gendarmerien) teils an Sei- te, teils an der nötigen Sachkenntnis, teils auch an der nötigen Unparteilichkeit und somit am Willen zum Durchgreifen fehlt und somit die geistlich vorgezeichnete Beaufsichtigung des Arbeitserfolges bei Bauten mehr oder weniger verlost.

Diesem unermüdlichen Befunde kann noch Ansicht des Ministeriums - und hiermit stimmen die ihm unterbreiteten Vorlesungen und die Wünsche der betreffenden Kreise am größten Eindruck überzeugen - am besten dadurch abgelehnzt werden, daß überall, wo dies noch nicht geschehen ist und ein Bedürfnis hierzu vorliegt, Beamte angestellt werden, die auf Grund fachlicher Ausbildung und langer Tätigkeit bei Bauarbeiten oder Diensten im öffentlichen Dienst zur Beauftragung des Arbeiterschutzes eingesetzt werden. In diesen, ihm ihre ganze Zeit widmen und hierdurch somit dem jetzt nur in unvollkommenen Weise zu unterschätzigen vermögen, unterstehen und entlasten.

Ob und inwieweit diese Beamten etwa auch den Kreisen der höhergestellten Arbeitnehmer (Polizei) entnommen werden können, müsse zunächst dem pflichtmäßigen Etatmessen der mit der Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes betrauten Behörden überlassen werden. Das Ministerium des Innern würde jedoch von seinem Standpunkt nichts

Die Jüthen würde jedoch von einem Standpunkt nichts dagegen eingeräumt haben, davorausgesehen, daß diese Arbeit, die nach dem übrigen Aufschlußgeboten von der *Berthold* zu gestatten wieden und mit ihrer Wahl für die Dauer ihres Amtes jeder anderen berufliche Tätigkeit aufzugeben. Die Anstellung des Arbeitsteilungsbüros wird sich in größeren Verhältnissen sowohl nicht schon gesetzen – unbeschwerter wirtschaftlicher Leistung – nicht auf solch bestmöglich wieden können und die für ihre Anstellung erforderlichen Mittel oft geringer sein werden als die Übungsbüros, die jetzt für die teilzeitlungsunabhängige Tätigkeit, unzureichende Mittel.

Für kleinere Verhältnisse, wo diese Voraussetzungen nicht vorliegen, bietet hierzu das Gesetz über die Gemeindeverfassung vom 18. Februar 1900.

verbende vom 18. Juni 1910 *Pittel und Bege*.
Auch sie nicht entgegen, diesen Beamten außer der
Bauaufsichtung des Arbeiterschuldes bei Bauten auf noch
die Beaufsichtigung anderer bürgerlicher Ein-
richtungen zu übertragen, die, wenn sie von
einer Person nicht ausgeübt werden, einer ständigen Aufsicht durch
Personen bedürfen, die sich einer solchen Aufsicht durch
höhere, aber doch gewisse Vorkehrungen hierfür unterbringen.
Es sei in dieser Beziehung auf die Beschränkung
der Baufreiheitseinlagen, die Instandhaltung der Mär-
anlagen im Schlesischen und der Sammelgruben, die bei
fehlender Betriebsleitung eintritt, die jetzt vielfach gar nicht
oder in ungeeigneter Weise (zum Beispiel durch die Haus-
besitzer) beaufsichtigt werden.

Neben dem Erfolg ist bis zum 1. November dieses

Unter Hinweis auf die Beisätze der neu bearbeiteten
Schwülkonzern in Dresden vom 12. April 1909 zeigt die
Bekanntmachung einige wertvolle Zugeständnisse. An die hand-
schriftlichen ministerialen Darlegungen werden nun unter Be-
trautenspersonen in Sachen ihrer dörflichen Schulvor-
richtungen einer Nachprüfung zu unterziehen, haben und
dementsprechend auch bei den in Frage kommenden Be-
hören vorgeben müssen. Auch für die übrigen Bau-
arbeiten Deutschlands ist die Bekanntmachung von Inter-
esse.

G. H.

*
Die Landeskommission für Bauarbeiten
tertiell im Königreich Sachsen schreibt und
der Bereich der Königlichen Bauverwaltungserzeugnissen
bestellt sind, seit dem 1. Oktober 1918 die neuen Unfallver-
hütungsbüroblätter, die endg. Verbesserungen enthalten, in
Umfang getreten.
Wie erjuden diese Vorleserblätter, die in den
Teil B des Verzeichnisses der Veröffentlichungen vom
den sofortigen Ausdrucksfähig zu werden scheinen, vorzuhalten;
denn sowohl Verfertiger selbst gegen die Vorschriften
stehen, können sie bis zu A 6 bestraft werden. Zum Bei-
spiel hat sich hier in Dresden ein Siegelsetzer Strafe
begehalten müssen, weil er mehr als 28 Siegelsteine geladen
hatte; denn nach der neuen Vorleser ist die Schwindel-
summe noch eingeschränkt, das nicht mehr 30, sondern nur
28 Siegel geladen werden dürfen. Die allgemeinen Vor-

fürstlichen, Teil A und B in Broschürenform, sind bei Wolmar Ulrich, Dresden-R., Glacisstr. 20, gebraucht und werden offeriert: 1 Stück 20,-, 10 Stück M 1,80, 100 Stück M 15,- Auch durch den Unterzeichner können die Vorschriften zu denselben Preisen nach Einwendung des Beitrages vermittelt werden.

A. o. F r i e d r i c h, Dresden, Nienburgerstr. 4, part.

Polizei und Gerichte.

Hatte a. d. S. In der Strafverhandlung gegen den Kollegen Karl Peterken aus Freibergsdorf wurde dieser wegen Verletzung eines Arbeitswilligen einer Woche Gefängnis verurteilt. Das Schöffengericht hatte ihn freigegeben. Dagegen hatte der Amtsamtssenat Beweis eingezogen, und wie die Berurtstellung zeigt, mit Erfolg. Am August 1913 legten die Kollegen an den Erzherthaer Landgerichten die Arbeit nieder. Der Arbeitswillige Long will nun am 20. August von Peterken einen Auftrag erhalten. Peterken, der mit drei Postkarten gewissensfrei habe, ist zurückgekehrt: "Wo willst Du hin? Schämt Du Dich nicht, der Streitzeit zu machen? Heute abend kommt Du nicht ganz nach Hause! Dein Rad geht in Städten!" Peterken erläuterte vor Gericht, er habe nur gerufen: "Wo willst Du hin?" Der Arbeitswillige sei, ohne Antwort zu geben, weitergefahren. Darüber habe er sich gesträgt und daher zu seinen Begleitern gesagt: "Der ist aber frech, der Antwort nicht einmal!" Diese Schilderung des Beobachteten wurde von den drei Zeugen als Zeugen vernommen wurden, bestätigt. Der Arbeitswillige Long will an dem betreffenden Morgen von den Streitenden durch Zurechnung verurteilt werden. Nach seiner Angabe lebt er an Petersberg im Kreis Hoyerswerda. Der Staatsanwalt beantragte gegen Peterken wegen Belästigung in Verbindung mit beruflicher Rücksicht eine Geldstrafe von M 75. Trotzdem der Vorwiderstand auf die vorhandenen Zeugenvideospuren hinzu und Freizprechung beantragte, verurteilte die Strafammer den Beschuldigten, indem sie nur den Arbeitswilligen glaubte. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, wenn Peterken damals auch nicht Arbeitswilliger war, so habe er doch gehandelt, um den Streit zu verschärfen. Die Rechtfertigung sei gelanzt, den Arbeitswilligen durch die Arbeit abzuhalten. Die Arbeitswilligen mügten im Frieden gehalten werden. Eine Geldstrafe erscheine im vorliegenden Falle nicht angebracht und es sei deshalb eine Gefangenstrafe von einer Woche verhängt worden. Die öffentliche Urteilsbegründung liegt noch nicht vor. Wer verzögert also vorläufig darum, das Urteil fristlich zu betrachten.

Pozen. In der Nr. 1 des "Grundstein" teilten wir mit, daß die Polizei unseres Zweigvereinsdorfes aufgefordert habe, ihr die Sitzungen und die Namen der Vorstandsmitglieder des Zweigvereins mitzuteilen. Beil. 103 verneigte wurde, erhielten der Vorsteher der Pozen und der Kassierer je einen Sachbeauftragten M 4,40 Kosten. Sie beantragten gerichtliche Entscheidung. In der Verhandlung am 10. Januar war der Kriminalamtschef des Reichskantons Herr Manheim, mit Erfolg Einpruch, daß der Polizei bei der Handlung im Zweigvereinsbüro als Polizeiamtler falsch wäre. Es wurde dann die Zeuge vernommen und befandet etwa folgendes: Der Zweigverein Pozen des Bauarbeiterverbands sei im Sommer 1911 aus zwei Filialen gegründet worden. Die Filialen hätten vorher etwa zwölf Jahre bestanden. Daß der Zweigverein ebenso wie der Gesamtverband sich politisch betätig, solch der Zeuge soll haben: Bei einer Versammlung am 11. März 1908 habe ein Herr Wende aus Elbing aufgefordert, ich politisch zu organisieren. In einer Versammlung am 28. September 1908 habe Herr Wende die Politik der Regierung vor dem Oftmark getadelt. In einer Versammlung vom 12. April 1909 habe Herr Wende aus Pozen über die Gewerbegegenrechtsmauer gesprochen. Am 4. April 1908 habe der Verband der Maurer in einer Versammlung, in der der Gewerkschaftsbeamte W. W. gesprochen habe, beschlossen, eine Petition für Bauarbeiterverbund zu unterschriften. Insbesondere zeigte das vom Centralverband vertriebene Blattblatt 4 vom März 1912, daß der Centralverband für die sozialdemokratische Partei arbeite. Zum Beweise hierfür verlas der Zeuge aus diesen Blattblättern Auszüge auf Seite 4, ohne eine Pause zu machen, aus der man hätte erkennen können, daß der Zeuge etwas auslief; er hat die folgende Stelle des Blattblatts ausgelöscht: „Über den Deutschen Bauarbeiterverband hat noch nie ein Mitglied gewusst, Sozialdemokraten zu sein oder zu werden, und nie lunt.“ In diesem Sinne, daß er jedem seiner Mitglieder die Freiheit läßt, so oder so politisch tätig zu sein, ist der Vorsteher hinaus über lehnt die Neutralität als unmissverständlich und nur die Neutralität födernd ab.“ Der Rechtsanwalt habe sofort nach Verlesung darauf hingewiesen, daß der Zeuge in einfältiger Weise diese den Angeklagten günstige Führungen legte, der Blattblatt hat. In den Schlussführungen legte der Rechtsanwalt dar, daß der Verband ein eigener Centralverband gegenüber Selbstständigkeit ist und daß er dessen Mitglieder sowohl wie sie den Statuten widersprechen, nicht zu folgen habe, doch er insbesondere nicht verpflichtet sei, Blattblätter zu verbieten, die mit den Statuten in Widerspruch stehen. Weiter legte der Anwalt dar, daß die Statuten ergeben, daß der Bauarbeiterverband in seiner Weise politisch ist, und daß dies insbesondere auch nicht bei den Géntals der Fall sei, nach wies er darauf hin, daß er das Vorbringen des Zeugen Wohmer nicht nachprüfen könne, daß er es aber als einseitig ablehnen müsse, nachdem der Zeuge durch die Auslegung der oben erwähnten Stelle aus der Blattblatt 4, gesezt habe, daß ihm die nötige Objektivität fehle. Obwohl und wenn der Vorsteher dem Gericht erläutert, daß nicht einmal alle Vorstandsmitglieder dem sozialdemokratischen Verein angehören, so daß einige von unseren Kollegen sich bei der Reichstagsswahl für die politische Partei, andere sogar für die freisinnig-konservativ-nationalliberalen Kompartimenten ins Zeug legten und

als Stimmabstimmungsherr läufig waren, obwohl sie dagewonnen haben, weil sie es jedem überlassen, wenn er seine Stimme geben will; obwohl ihnen auch nicht nachgewiesen werden könnte, daß die Blattblatt 4 in der Urteilsbegründung unterschrieben wurden zu je 10,- Posten verurteilt werden ist, kann es doch zu einer Verurteilung; unter beiden Kollegen wurden zu je 10,- Posten verurteilt. Die Begründung lautete ungefähr so:

"Dass die sozialdemokratische Partei, welche die Angeklagten dienstbar zu machen, keine zweckfehlt sein. Zum Beweise hierfür bezog sich das Gericht auf einen Artikel des "Vorwärts", der in der ganzen Verhandlung nicht zur Verleihung gekommen war. Der Centralverband schreibt das Vorstandsmitglied der sozialdemokratischen Partei, dies ergebe die Blattblatt 4. Auch der Zweigverein Pozen habe einen sozialdemokratischen Antritt. Dies folgerte das Gericht daraus, daß die Angeklagten in der Verhandlung erkannt, von den 1800 Mitgliedern des Zweigvereins gehörten nur etwa 10 bis 15 den sozialdemokratischen Organisationen an. Die beiden Angeklagten als Vorstandsmitglieder seien unterschiedliche Mitglieder der sozialdemokratischen Organisation. Wenn also ein großer Bruchteil der den Zweigverein angehörigen Sozialdemokraten Mitglieder des Vorstandes seien, so fügt daran zu folgen, daß der Zweig-

verein bemüht sei, seine Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zuzuführen. Schlußverhandlung ist in der Urteilsbegründung nicht erwähnt. Sozialdemokratie ist wohl nicht zweckfehlt sein, daß die sozialdemokratische Partei besteht ist, das Poener Schöffengericht eignet sich nicht, um die Angeklagten zu machen, folgt nach der Poener Schöffengerichtslogik dies Gericht demokratisch. Es kann nicht zweckfehlt sein, denn großer Bruchteil der deutschen Minderheit der sozialdemokratischen Partei daraus zu schließen, daß die sozialdemokratische Partei angehört, folglich ist nach der Logik des Poener Schöffengerichts logisch dies Gericht demokratisch. Wir machen und schlußverhandlich diese richterliche Richtung zu geben. Wir haben aber jedenfalls das Recht, unter zu geben. Wir haben aber jedenfalls das Recht, unter zu geben.

Briefkasten.

R. Sch. in M. Deine Einsendung mußte mit andern noch zurückgestellt werden. Sie wird verdrossen sein, es der Raum erlaubt.

Anzeigen

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins-, bzw. Abteilungs- oder Sektionsvorstände angenommen.

Karlsruhe.

Der Zweigverein Karlsruhe sucht zum Anteil einen dritten

Lofalbeamten.

Nebenstellt wird auf eine wichtige Kraft. Bewerber mindestens fünf Jahre organisiert sein und die Befähigung zu Agitationen- und Verwaltungsbüroleistung besitzen. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Auftrag über die Ausgaben eines Lofalbeamten läuft und wird bis zum 15. Februar 1914 an R. Horstmann, Kaiserstraße 47, eingehen.

(M. 4,50) Die Aufstellung kommt

Sterbetafel.

Augsburg. Am 20. Januar starb der Kollege Heinrich Hock, 56 Jahre alt, an Gehirnblutung. Bamberg. Am 16. Januar starb der Bauschaffner Michael Zettelmeyer im Alter von 36 Jahren an den Folgen eines Unfalls.

Berlin. Am 16. Januar starb unter Mitglied Fritz Pfleiderer im Alter von 66 Jahren an Herzschlag.

— Am 16. Januar starb der Kollege Albert Ohm im Alter von 67 Jahren an Hirnverwölbung.

— Am 16. Januar starb der Kollege Karl Bieneck im Alter von 79 Jahren an Alterschwäche.

Görlitz. Am 16. Januar starb nach langem Leben unser treuer Kollege Karl Pomplum im Alter von 80 Jahren an Lungenerkrankung.

Görlitz. Am 16. Januar starb unser treuer Kollege Bruno Krebs im Alter von 40 Jahren an Lungentuberkulose und Herzschlag.

Danzig. Am 16. Januar starb unser Kollege Martin Bieneck im Alter von 56 Jahren von einer Eisenbahnunfall getötet.

Dresden. Am 16. Januar starb der Maurer Emil Leuner aus Leubnitz. — Neustadt im Alter von 80 Jahren an Lungentuberkulose.

Görlitz. Am 16. Januar starb der Kollege Reinhold Sander im Alter von 47 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 16. Januar starb der invalide Maurer August Hirschfeld, 67 Jahre alt, an Lungenerkrankung.

Großhennersdorf. Am 16. Januar starb der Kollege Ernst Starupke im Alter von 64 Jahren an Luftröhrensalzatz.

Hannover. (März 6 v. r.) Am 16. Januar starb der Maurer Franz Walzak im Alter von 40 Jahren der Maurer Franz Walzak im Alter von 40 Jahren an Leberleiden.

Hannover. Am 16. Januar starb nach langer Krankheit der Kollege Oskar Münzer im Alter von 44 Jahren an Magenentzündung.

Kiel. Am 16. Januar starb unser treuer, langjähriger Kollege R. Cuers im Alter von 61 Jahren.

Kröpelin. Am 16. Januar starb unser Kollege Wilhelm Schmidt aus Biendorf im Alter von 50 Jahren an Herzschlag.

Lübeck. Am 16. Januar starb der Hilfsarbeiter Hermann Weiß im Alter von 54 Jahren an Prostataentzündung.

Magdeburg. (Okt. 6 v. r.) Am 16. Januar starb der Kollege Wilhelm Schulz im Alter von 59 Jahren an Luftröhrensalzatz.

Oldenburg. Am 16. Januar starb der Maurer Wilhelm Specht, 36 Jahre alt, an Lymphadenitis.

Pleisterm. Am 16. Januar starb der Kollege Gottlieb Grönack aus Steindorf im Alter von 48 Jahren.

Plau am See. Am 16. Januar starb unser Kollege John Wolf im Alter von 59 Jahren an Herzschlag.

Posen. Am 16. Januar starb der Kollege August Giebel der Proletarientarheit. — Am 16. Januar starb der Kollege Oskar Hensler infolge Unfalls.

Sachsen. Am 16. Januar starb unser treuer Kollege August Fiegert in Kahl im Alter von 56 Jahren an Herzschlag.

Schmiedeberg. Am 16. Januar starb unser Kollege August Hornig aus Hohenwies im Alter von 58 Jahren.

Strehla. Am 16. Januar starb nach langer Krankheit der Kollege Hermann Weihmann im Alter von 60 Jahren.

Striegau. Am 16. Januar starb unser Kollege August Rudolf aus Kübchin im Alter von 59 Jahren.

Wittenberg. Am 16. Januar starb unser langjähriger Kollege Karl Fritzsche im Alter von 55 Jahren an Rektoskopiedisease.

Zittau. Am 16. Januar starb unser langjähriger Kollege Anton Nitsche im Alter von 59 Jahren an Rektoskopiedisease.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, Versammlungen zu besuchen.

Versammlungen der Zweigvereine.

Sonntag, den 8. Februar.

Elmshorn. Abends 4 Uhr in der Herberge. — L.-O. Vorstandsstuhl.

Steinhorst. Abends 1 Uhr im Restaurant Lang in Schönbrunn. — Verbandsversammlung.

Montag, den 9. Februar.

Berlin. (Kundschafft 15, S. 12.) Abends 5 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Versammlung über die neuen Verbunden.

Mittwoch, den 4. Februar.

Guben. Abends 5 Uhr im Bottgerhaus. — L.-O. Versammlung.

Donnerstag, den 5. Februar.

Berlin. (Vierteljahr 1, S. 12.) Abends 5 Uhr im Witte, Gebäuhrstr. 39. — Versammlung der Vorstände.

Sonnabend, den 7. Februar.

Hadersleben. Abends 5 Uhr in der Centralherberge. — Wichtige Versammlung.

Sonntag, den 8. Februar.

Bamberg. Abends 5 Uhr in der Gaststätte Rödel, Schillerplatz. — Wichtige Versammlung.

Glogau. Abends 5 Uhr im Ritterstall. — Wichtige Versammlung.

Graudenz. Abends 5 Uhr im Hotel "Gotha". — L.-O. Versammlung.

Oranienburg. Abends 5 Uhr im Ritterstall. — Wichtige Versammlung.

Strehlen. Abends 5 Uhr im Wirtshaus in Höflein.

— Gaststätte Ritterstall, Döhrn. — Abends 5 Uhr bei Frau E. Sammelingen Kollege Klemm-Löschle.

Zentralstrasse 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 434, 436, 438, 440, 442, 444, 446, 448, 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466, 468, 470, 472, 474, 476, 478, 480, 482, 484, 486, 488, 490, 492, 494, 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 516, 518, 520, 522, 524, 526, 528, 530, 532, 534, 536, 538, 540, 542, 544, 546, 548, 550, 552, 554, 556, 558, 560, 562, 564, 566, 568, 570, 572, 574, 576, 578, 580, 582, 584, 586, 588, 590, 592, 594, 596, 598, 600, 602, 604, 606, 608, 610, 612, 614, 616, 618, 620, 622, 624, 626, 628, 630, 632, 634, 636, 638, 640, 642, 644, 646, 648, 650, 652, 654, 656, 658, 660, 662, 664, 666, 668, 670, 672, 674, 676, 678, 680, 682, 684, 686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 714, 716, 718, 720, 722, 724, 726, 728, 730, 732, 734, 736, 738, 740, 742, 744, 746, 748, 750, 752, 754, 756, 758, 760, 762, 764, 766, 768, 770, 772, 774, 776, 778, 780, 782, 784, 786, 788, 790, 792, 794, 796, 798, 800, 802, 804, 806, 808, 810, 812, 814, 816, 818, 820, 822, 824, 826, 828, 830, 832, 834, 836, 838, 840, 842, 844, 846, 848, 850, 852, 854, 856, 858, 860, 862, 864, 866, 868, 870, 872, 874, 876, 878, 880, 882, 884, 886, 888, 890, 892, 894, 896, 898, 900, 902, 904, 906, 908, 910, 912, 914, 916, 918, 920, 922, 924, 926, 928, 930, 932, 934, 936, 938, 940, 942, 944, 946, 948, 950, 952, 954, 956, 958, 960, 962, 964, 966, 968, 970, 972, 974, 976, 978, 980, 982, 984, 986, 988, 990, 992, 994, 996, 998, 1000, 1002, 1004, 1006, 1008, 1010, 1012, 1014, 1016, 1018, 1020, 1022, 1024, 1026, 1028, 1030, 1032, 1034, 1036, 1038, 1040, 1042, 1044, 1046, 1048, 1050, 1052, 1054, 1056, 1058, 1060, 1062, 1064, 1066, 1068, 1070, 1072, 1074, 1076, 1078, 1080, 1082, 1084, 1086, 1088, 1090, 1092, 1094, 1096, 1098, 1100, 1102, 1104, 1106, 1108, 1110, 1112, 1114, 1116, 1118, 1120, 1122, 1124, 1126, 1128, 1130, 1132, 1134, 1136, 1138, 1140, 1142, 1144, 1146, 1148, 1150, 1152, 1154, 1156, 1158, 1160, 1162, 1164, 1166, 1168, 1170, 1172, 1174, 1176, 1178, 1180, 1182, 1184, 1186, 1188, 1190, 1192, 1194, 1196, 1198, 1200, 1202, 1204, 1206, 1208, 1210, 1212, 1214, 1216, 1218, 1220, 1222, 1224, 1226, 1228, 1230, 1232, 1234, 1236, 1238, 1240, 1242, 1244, 1246, 1248, 1250, 1252, 1254, 1256, 1258, 1260, 1262, 1264, 1266, 1268, 1270, 1272, 1274, 1276, 1278, 1280, 1282, 1284, 1286, 1288, 1290, 1292, 1294, 1296, 1298, 1300, 1302, 1304, 1306, 1308, 1310, 1312, 1314, 1316, 1318, 1320, 1322, 1324, 1326, 1328, 1330, 1332, 1334, 1336, 1338, 1340, 1342, 1344, 1346, 1348, 1350, 1352, 1354, 1356, 1358, 1360, 1362, 1364, 1366, 1368, 1370, 1372, 1374, 1376, 1378, 1380, 1382, 1384, 1386, 1388, 1390, 1392, 1394, 1396, 1398, 1400, 1402, 1404, 1406, 1408, 1410, 1412, 1414, 1416, 1418, 1420, 1422, 1424, 1426, 1428, 1430, 1432, 1434, 1436, 1438, 1440, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458, 1460, 1462, 1464, 1466, 1468, 1470, 1472, 1474, 1476, 1478, 1480, 1482, 1484, 1486, 1488, 1490, 1492, 1494, 1496, 1498, 1500, 1502, 1504, 1506, 1508, 1510, 1512, 1514, 1516, 1518, 1520, 1522, 1524, 1526, 1528, 1530, 1532, 1534, 1536, 1538, 1540, 1542, 1544, 1546, 1548, 1550, 1552, 1554, 1556, 1558, 1560, 1562, 1564, 1566, 1568, 1570, 1572, 1574, 1576, 1578, 1580, 1582, 1584, 1586, 1588, 1590, 1592, 1594, 1596, 1598, 1600, 1602, 1604, 1606, 1608, 1610, 1612, 1614, 1616, 1618, 1620, 1622, 1624, 1626, 1628, 1630, 1632, 1634, 1636, 1638, 1640, 1642, 1644, 1646, 1648, 1650, 1652, 1654, 1656, 1658, 1660, 1662, 1664, 1666, 1668, 1670, 1672, 1674, 1676, 1678, 1680, 1682, 1684, 1686, 1688, 1690, 1692, 1694, 1696, 1698, 1700, 1702, 1704, 1706, 1708, 1710, 1712, 1714, 1716, 1718, 1720, 1722, 1724, 1726, 1728, 1730, 1732, 1734, 1736, 1738, 1740, 1742, 1744, 1746, 1748, 1750, 1752, 1754, 1756, 1758, 1760, 1762, 1764, 1766, 1768, 1770, 1772, 1774, 1776, 1778, 1780, 1782